

8. Wahlbezirk. Gau 1: Rüttemberg und Aeden. Gau 11: Naly und Saargebiet. Gau 13: Oeffen. Wahlvorort: ...

Wahlkreise, die mehrere Delegierte zu wählen haben, sind verpflichtet, den einzelnen Branchen Rechnung zu tragen.

Die zuständigen Gausleitungen der Wahlkreise haben mit den Wahlstellenverwaltungen für die Gruppe bis zum 1. April 1928 Verhandlungen oder Konferenzen einzuberufen, in denen die Kandidaten vorgeschlagen werden.

Vor- und Zunahme, Alter, Branche und Spezialberuf, Berufstätigkeit, Dauer der Mitgliedschaft und Adressen der angestelltesten Wahlkandidaten müssen bis zum 15. April einschließ- lich an die beim Wahlvorort benannte Adresse eingereicht werden; später eingehende Mitteilungen können nicht beachtet werden.

In gleicher Weise teilt der Wahlvorort die ihm gemeldeten Kandidaten an den Wahlkreis gehörenden Wahlstellen bis zum 19. April mit. Zur Kandidatur zulässig sind nur wählbare Mitglieder. (Siehe C. Biffer 2.)

C. Bestimmungen für die Wahlen in den Branchen Porzellan und Glas.

In der Zeit vom 29. April bis spätestens 6. Mai ist die Wahl der Delegierten branchenweise vorzunehmen.

Wahlort, Wahlzeit und Wahllokal sind von der Wahlstellenverwaltung in einer für alle geeigneten erscheinenden Weise den Mitgliedern rechtzeitig zur Kenntnis zu bringen.

Soweit es erforderlich ist, sind, um den Mitgliedern die Ausübung der Wahl zu erleichtern, im Bereich einer Wahlstelle mehrere Wahlversammlungen anzulegen bzw. mehrere Wahllokale einzurichten.

Für jede Wahlversammlung bzw. jedes Wahllokal muß eine Wahlkommission von der Wahlstelle bestellt werden. Eine Wahlkommission soll im Regelfalle mindestens aus drei Personen, wovon nur ein Vertreter der Wahlstellenverwaltung und der örtlichen Branchenleitung sein dürfen, bestehen.

Die Wahlkommission bestimmt unter sich einen Wahlleiter und einen Schriftführer. Der Schriftführer hat über den Wahlgang und das Wahlergebnis ein Protokoll zu führen, das von der gesamten Wahlkommission zu bestätigen und bei den Akten der Wahlstelle aufzubewahren ist.

Wahlberechtigt sind in der Branche Feinkeramik die Mitglieder des Arbeitervereins, die in feinkeramischen Betrieben beschäftigt sind, und solche Wahlstellenangehörige, die in erster Linie zwecks Bearbeitung der feinkeramischen Branche angestellt sind; ferner auch Arbeitslose, die zuletzt in einem feinkeramischen Betrieb beschäftigt waren. Für die Branche Glas gilt sinngemäß das gleiche.

Wahlberechtigt sind Mitglieder, die länger als 8 Wochen mit ihren Beiträgen im Rückstande sind, ohne Stundung erlaubt zu haben.

Wahlbar sind nur solche wahlberechtigte Mitglieder, die mindestens 1 Jahr dem Verbands angehören.

Die Wahl ist in Person und durch Stimmzettel auszuführen. Mitglieder bzw. Mitgliederarten gelten als Wahlberechtigte, die die Karte oder im Wahlkreis zur Wahl stehenden Kandidaten in der Wahlkarte gut sichtbar auszubringen. Dasselbe gilt bezüglich der Wahlbestimmungen.

Jeder Wähler erhält den Stimmzettel am Wahltag nach Vorweis des Mitgliedsbuches bzw. der Mitgliedskarte ausgeteilt.

Die Art der Stimmzettel ist durch die Verwaltung zu bestimmen.

Jedes Mitglied darf nur in einem Wahllokal bzw. nur einmal wählen. Gegen mehrfache Ausübung des Wahlrechts ist Sicherung zu treffen durch einen Stempel oder andere Kennzeichen im Mitgliedsbuch.

Jeder Wähler darf auf einem weißen Stimmzettel nur soviel Kandidaten schreiben, oder auf Stimmzetteln, die die Namen aller Kandidaten des Wahlbezirks enthalten, nur soviel Namen durchstrichen lassen, als der gesamte Wahlbezirk Delegierte zu stellen hat. Zettel mit mehr angezeichneten oder mehr nicht durchstrichenen Namen zählen als ungültig. Zettel mit weniger geschriebenen oder weniger nicht durchstrichenen Namen sind gültig.

Anderer Namen auf Stimmzetteln als die der aufgestellten Kandidaten, zählen als ungültig. Auf demselben Zettel aber evtl. noch enthaltene Namen von aufgestellten Kandidaten bleiben gültig.

Unmittelbar nach dem beendeten Wahlakt stellt die Wahlkommission sogleich das Wahlergebnis fest.

Die Stimmzettel sind der Wahlstellenverwaltung zur vorläufigen Aufbewahrung bis nach der Bundeskonferenz zu übermitteln.

Die Aussichten für das Baujahr 1928.

Von G. Heidenreich.

Noch liegen absehende Zahlen über die Ergebnisse des Baujahres im vergangenen Jahr vor. Am liebsten möchte man sich wünschen, daß etwa 20000 Bauarbeiten herbeigeführt wurden, davon in Preußen 17000, was bei einer Bauausgabe von 250 bis 300 Millionen Reichsmark eine Steigerung von 20 bis 25 Proz. gegen das Baujahr 1927 zum Ausdruck hätte. Bei der Bauausgabe an Wohnungen im Deutschen Reich seit 1919 angeführt:

1919	56 714	1924	156 502
1920	124 293	1925	179 522
1921	134 223	1926	204 570
1922	145 614	1927	240 000 bis 250 000
1923	158 233		

Problemlösungsmittel sind zu finden von Altwahl... Die Bauausgabe im Deutschen Reich im vergangenen Jahr betrug 20000 Wohnungen. Dazu kommt ein Nachbedarf der Bauwirtschaftsministerien in der Reichswehr vom 12. Dezember 1927 auf 100000 Wohnungen geschätzt wurde, der aber von der Bauwirtschaft mit Recht als unzulässig hoch angenommen wird. Rechnet man die Bauausgabe des Reichs-

Der Bauvorort stellt die eingegangenen Resultate zusammen und die Bauausgabe bis Ende April 1928 allen zum Wahlkreis gehörenden Wahlstellen mit.

Als gewählt gilt der Kandidat mit der größten Stimmenzahl. Im Falle der Stimmengleichheit entscheidet das Los. Als Ersatzmänner gewählter Delegierter gelten erforderlichenfalls die Kandidaten mit nächsthöher Stimmenzahl.

Bis zum 20. Mai haben alle Wahlvororte unter Benutzung der ihnen von der zuständigen Zentralbauverwaltung rechtzeitig zugehenden Formulare das endgültige Wahlergebnis an ihre zuständige Gausleitung und die zuständige Zentralbauverwaltung in Charlottenburg zu berichten.

Die Mandate für die Delegierten werden dann von der Zentralbauverwaltung ausgeteilt und zugestellt.

D. Wahlordnung für die Branche Grobkeramik. (Wahlgruppen, Kandidatenaufstellung und Wahlen.)

Die Grobkeramik wählt insgesamt 41 Delegierte, die sich auf die einzelnen Gaus des Verbandes und die einzelnen Industriezweige wie folgt verteilen:

Gau	Ziegel	Zement	Kalk	Porzellan-Steinzeug	Steinzeug	Severfeld	Kongl. und Ziegelfabrik	Kaolin	Gips	Speckstein	Quarzstein	Zusammen Delegierte
1.	2	1	1	1	1	1	1	1	1	1	1	13
2.	1	1	1	1	1	1	1	1	1	1	1	11
3.	1	1	1	1	1	1	1	1	1	1	1	11
4.	1	1	1	1	1	1	1	1	1	1	1	11
5.	1	1	1	1	1	1	1	1	1	1	1	11
6.	1	1	1	1	1	1	1	1	1	1	1	11
7.	1	1	1	1	1	1	1	1	1	1	1	11
8.	1	1	1	1	1	1	1	1	1	1	1	11
9.	1	1	1	1	1	1	1	1	1	1	1	11
10.	1	1	1	1	1	1	1	1	1	1	1	11
11.	1	1	1	1	1	1	1	1	1	1	1	11
12.	1	1	1	1	1	1	1	1	1	1	1	11
13.	1	1	1	1	1	1	1	1	1	1	1	11
14.	1	1	1	1	1	1	1	1	1	1	1	11
15.	1	1	1	1	1	1	1	1	1	1	1	11
16.	1	1	1	1	1	1	1	1	1	1	1	11
Sa.	19	5	3	2	2	4	2	1	1	1	1	41

a) Die Gausleitungen veranlassen die Wahlstellenverwaltungen, bis 1. April 1928 Versammlungen der Branche Grobkeramik abzuhalten, in denen die aufzustellenden Kandidaten vorgeschlagen werden.

b) Als Kandidaten können nur solche Mitglieder in Vorschlag kommen, die gemäß Biffer 2c wählbar sind.

c) Vor- und Zunahme, Alter, Branche und Spezialberuf, Dauer der Mitgliedschaft und Adressen der vorgeschlagenen Kandidaten müssen bis zum 15. April 1928 einschließend, der zuständigen Gausleitung übermitteln werden. Später dort eingehende Vorschläge können nicht berücksichtigt werden.

In der Zeit vom 29. April bis spätestens 6. Mai 1928 ist die Wahl der Delegierten vorzunehmen.

Die Wahl erfolgt auf Gau-Branchenkonferenzen, welche von den Gausleitungen einberufen werden.

Wahlbar sind nur solche Mitglieder, die in den Industrie- gruppen Steine und Erden beschäftigt sind, bzw. denen die Ver- arbeitung genannter Gruppen obliegt, mindestens 1 Jahr der Organisation angehören und nicht länger denn 8 Wochen mit ihren Beiträgen im Rückstande sind.

Die Wahlkommission bestimmt unter sich einen Wahlleiter und einen Schriftführer. Der Schriftführer hat über den Wahlgang und das Wahlergebnis ein Protokoll zu führen, das von der gesamten Wahlkommission zu bestätigen und bei den Akten des Gauverbandes aufzubewahren ist.

Abgeleitet wird geheim mittels Stimmzettel. Delegierte, die bis zu 50 Mitglieder vertreten, erhalten einen Stimmzettel. Delegierte, die mehr als 50 Mitglieder vertreten, erhalten für je 50 Mitglieder einen Stimmzettel.

Auf weißen Stimmzetteln dürfen Namen nur von soviel Kandidaten geschrieben werden, und auf Stimmzetteln, die die Namen aller Kandidaten bereits enthalten, dürfen nur soviel Namen durchstrichen bleiben, als der Wahlbezirk Delegierte zu wählen hat. Andernfalls ist der Zettel ungültig. Stimmzettel mit weniger durchstrichenen Namen oder mit mehr durchstrichenen Namen sind ungültig.

Anderer Namen auf Stimmzetteln, als die der aufgestellten Kandidaten, zählen als ungültig; auf demselben Zettel aber etwa noch verbleibende Namen von aufgestellten Kandidaten bleiben gültig.

Die einfache Stimmenmehrheit auf Namen entscheidet. Bei Stimmengleichheit entscheidet das Los. Der in der Stimmengabe dem gewählten Delegierten nächststehende Kandidat und zwischen Spezialgruppen gilt gegebenenfalls als Ersatzmann.

Bis zum 20. Mai 1928 haben alle Gausleitungen das endgültige Wahlergebnis der Wahl an die Zentralbauverwaltung nach Charlottenburg, Grabstr. 2-5, unter Benutzung der den Gausleitungen von der Zentralbauverwaltung in Charlottenburg zugehenden Formulare zu berichten.

Die Mandate der Delegierten werden von der Zentralbauverwaltung in Charlottenburg ausgeteilt.

arbeitsministeriums als den allerdringlichsten Bedarf, dann sollte dieser im Laufe von 12 Jahren bei einer Herstellung von jährlich 20000 Wohnungen, das heißt also bei einer Bauausgabe von 240000 Wohnungen und Wiederrückgang des Neubedarfes um jährlich 20000 Wohnungen, gedeckt werden. Eine wirkliche Beseitigung der Wohnungsnot in diesem Zeitraum würde eine jährliche Herstellung von rund 20000 Wohnungen erfordern. Die Zahlen geben den Maßstab für die Beseitigung der Wohnungsnot.

Im vergangenen Jahr 1927 ist also zum erstenmal eine, wenn auch nicht ausreichende Wiederrückgang des Neubedarfes erreicht worden. Leider sind die Aussichten für das kommende Baujahr nicht so günstig. Der Umfang der Bauausgabe hängt ganz von der Verfügung stehenden Mitteln ab. Nun mußte schon im Jahre 1927 in einer teilweise nachlässigen Finanzierung geübt werden. Als im Sommer selbst die Herstellung der bewohnten Wohnungen wegen Geldmangels gefährdet erschien, mußte sehr teure langfristige Bausparkredite beschafft werden, um wenigstens die Neubauten zu vollenden. Von der Gesamtausgabe von 270 Millionen Reichsmark für den Baujahr 1927 sind etwa 70 Millionen Reichsmark nach anderer Schätzung sogar 80 bis 90 Millionen Reichsmark für langfristige Bausparkredite, die nun eigentlich auf den Mitteln des laufenden Jahres zurückgelegt werden müssen. In Preußen wurden, wie schon erwähnt, im Jahre 1927 rund 17000 Wohnungen hergestellt, für die 1700 Millionen

Reichsmark aufgewendet wurden. Der preussische Hofbau- minister hat nun berechnet, daß für 1928 nur 1700 Millionen Reichsmark zur Verfügung stehen, das sind 200 Millionen Reichsmark weniger als im Vorjahr. In Preußen noch kurzfristige Kredite für 1927 in der Höhe von 600 bis 700 Millionen Reichsmark abgedeckt werden. Es ist die höchste Zeit, das neue Wege für die Beschaffung von Mitteln gesucht werden. Es geht nicht an, daß Jahr für Jahr ein Teil der besten Baugelände mit Beratungen über die Finanzierung der Bauausgabe vertrieben wird, und der Baumarke unter ständigen Ungewissheit leidet — gebaut werden muß ja und in ja schließlich doch.

Die Gewerkschaften fordern in erster Linie eine bessere Ausnutzung der Bauausgaben für den Wohnungsbau. Wäre diese Steuer restlos für die Bauausgabe zur Verfügung gestellt, dann könnten mit jährlich 700 bis 800 Millionen Reichsmark neuen Mitteln gerechnet werden. Weiterhin könnte eine stärkere Veranlagung der Sparkassen und Versicherungsanstalten erreicht werden. Schließlich würde sich die Verwendung großer Staatsanleihen für den Wohnungsbau völlig rechtfertigen.

Der gegenwärtige unsichere Zustand und die starken Schwankungen der Bauausgaben nach Jahreszeiten und Konjunkturschwüngen durch ein langfristiges Bauprogramm wesentlich verbessert bzw. gemindert werden. Die Gewerkschaften haben darin ein Interesse, da die Bauausgaben im Jahre 1927 durch den Mißstand und den jährlich zu erwartenden Neubedarf der Wohnungsrechnung trägt und ein zusätzliches Bauprogramm, das bei ungenügender Arbeitsmarktlage und fliegendem Kapitalmarkt sofort in Miarisf genommen werden soll. Das Reichsarbeitsministerium dagegen kämpft gegen die Herstellung eines langfristigen Programms, und will die Entscheidung dem Zufall überlassen.

Ein langfristiges Bauprogramm würde nicht nur eine bessere Verteilung der Arbeit im Baugewerbe und seinen Nebengewerben über das ganze Jahr ermöglichen und die starken Schwankungen der Gesamtwirtschaft mildern, sondern auch eine ganz wesentliche Senkung der Baukosten stellen. Eine gleichmäßigere Verteilung der Arbeit müßte die Löhne im Baugewerbe beträchtlich senken, die Preisbildung der Baustoffe würde durch das Ausbleiben der plötzlichen steilen Nachfrage mäßig beeinflusst, und die gesamte Bautechnik könnte einem planmäßigen Rationalisierung unterworfen werden. Für die Herstellung von 200000 Wohnungen sind heute, bei einem Durchschnittspreis von etwa 11000 Reichsmark pro Wohnung, 2200 Millionen Reichsmark erforderlich. Bei einer durchaus erreichbaren Ersparnis von 20 Proz. könnten für die gleiche Summe schon die 250000 Wohnungen hergestellt werden, die für ein Mindestbauprogramm verlangt werden müssen, bei einer Ersparnis von 30 Proz. könnten für diese Summe 335000 Wohnungen gebaut werden, das ist fast die zu fordernde Normalausgabe von 300000 Wohnungen pro Jahr.

Das gesamte Baugewerbe beschäftigt mit den rohstoffliefernden Industrien, wie Zement, Ziegel, Holz, Eisen- und sonstigen Industrien schätzungsweise 300000 Arbeiter, das ist etwa 4 Proz. der gesamten in der Industrie tätigen Arbeiterschaft. Es hat nach den besonderen Vorteilen, das es neben ausschließlich einheimische Rohstoffe verbraucht. Daraus kann man erkennen, welche große Bedeutung das Baugewerbe für die gesamte deutsche Wirtschaft hat und wie nützlich sich hier eine planmäßige Wirtschaft auswirken müßte.

Der Junker hilft dem Bauer nicht.

Gegenwärtig werden die Arbeiterbauern wieder einmal zu demagogischen Reden ausgenutzt, in Wahrheit. Sie werden aufgerufen, gegen die Not der Bauernschaft zu protestieren und dafür sich einzusetzen, daß die Großgrundbesitzer, die den Bauernschon und -währen das Land überlassen, mehrere Hundert Millionen Mark aus dem Staatsfiskus bekommen, damit sie ihre Wirtschaft über den Bauern aufrechterhalten und persönlich ein schönes Gaudium erleben können. Die Bauern beargwöhnen dies nicht. Oder sollte es doch dämmern?

Wenn man die großen Demonstrationen des Landbundes und die Veranlassungen sieht, zweifelt man noch daran. Aber hier und da läßt es doch unter den Bauern nicht so hingenommen zu werden, wie allgemein angenommen wird, wenigstens geht das aus Inschriften hervor, die wir erhielten. Von einem typischen Arbeiterbauern kam eine Schilderung, aus der wir folgendes entnehmen: Am 17. Februar trafen ich in Gengen, im Vorwöchigen die Landesversammlung der hiesigen Bauern war, die typischen Landwirte zu einer Protestversammlung. Dazu kamen die Bauern in Autos, Chaisen und sonstigen Karussellen herbeigeführt. Die Arbeiterbauern, die sich persönlich mit ihren Angehörigen abredeten müssen, waren, soweit sie sehen konnten, nicht wenig erstaunt über die Not der Landwirtschaft. Daß die Not so aussieht und so auszuhalten wagt, hätten sie nicht für möglich gehalten.

In meiner Gemeinde kenne ich die Verhältnisse sehr genau. Die Bauern hier leben sich nach dem Kriege weit besser als zuvor. Ich weiß, daß die Mehrzahl der Bauern hier gegenwärtig noch Katastrophe nicht soviel Steuern und Zinsen bezahlen brauchen, als vor dem Kriege an Zinsen allein. Das wird aber nicht eingeleitet. Vermehrte Opfer brachten und bringen fast nur die Arbeiter. Sie brachten ihre Opfer dem Kriege in einem Maße, daß auf dem Kriegerdenkmal meiner Gemeinde 120 Namen von ihnen, aber nicht einer von einem Großgrundbesitzer steht.

Ich bin Mitglied des Landbundes und des Bauernwirtschaftlichen Vereins, und mir ist Gelegenheit geboten, hinter die Kulissen zu schauen. Der ganze Fruch des Landbundes hat nur den Zweck, das Arbeitslosenvermögensgesetz zu veranlassen und den Deutschnationalen Stimmgewinn zuzurechnen. Das tut der Landbund, trotzdem die Arbeiter die Kosten für die Arbeitslosenversicherung direkt und indirekt allein aufbringen. Er gönnt den Arbeitern die paar Pfennige Notversicherung nicht.

Die Steuer in der Landwirtschaft in meiner Gemeinde beträgt heute pro hiesige Scheffelhaat = 17,17 Mark 6 bis 8 RM, bei sehr gutem Boden bis zu 10 RM. Dazu kommt, daß der Bauerwerler teurer wurde, der Kautschuker etwas billiger. Ich rechne die Belastung für das genannte Mark auf 14 RM. Demgegenüber liegt die Einnahme pro hiesige Scheffelhaat um 15 bis 20 RM, bei geringem Ertrage und bei einigen Früchten um 50 bis 80 RM, gegenüber der Vorkriegszeit. Die Nacht von Futterklee hat sich 2 B. verdoppelt, und zwar von 80 auf 160 Reichsmark.

Die Kriegslasten sind zu gleich verteilt. Der Grund- und Pflanzbesitz hat zu den Lasten nichts gebracht, und ist sogar seine Schulden losgeworden. Drum sollte heute jeder für 10000 Reichsmark Vermögen 2000 RM für Entschädigung der Kriegs- und Inflationsopfer bezahlen, und der Grundbesitzer von 100 Morgen ebenfalls 25 Morgen abgeben müssen. Damit könnte viel Unrecht wieder gut gemacht werden. Ein inoffizieller Taschengeldwechsler verweist in einer Ansprache ebenfalls auf das demagogische Notgeschrei der Bauernwirtschaft und auf anderen Unfug wie Lohnsenkungsbewerb und Kostminderung der bestehenden Preise. Er meint mit Recht: Ob diese Gesellschaft auch bloß wie ich 22,87 RM monatliche Subsidienrente zu verlieren hat, möchte ich bezweifeln. Wenn unsere Rente einmal um 4 bis 5 RM im Monat erhöht werden soll, schreien jene gleich, das kann die deutsche Wirtschaft nicht tragen. Erhalt aber die Industrie 800 Millionen und die Landwirtschaft 500 Millionen Reichsmark, und einige Millionen Reichsmark billige Kredite, dann zählt das nicht. Ich bin nämlich auch einer von den Allen, denen durch die Inflation die paar Markgrößen geraubt wurden. So ist es. Wir haben dem nicht hinzuzufügen.

Die Arbeitslosigkeit und Kurzarbeit im Fabrikarbeiterverband.

(Majung Februar 1928.)

Die Entwicklung des Arbeitsmarktes in den Wintermonaten hat sich in unerwarteter Weise äußerst ungünstig gestaltet. Die Steigerung der Arbeitslosigkeit übertrifft bei weitem jene im Januar, den Konjunkturbeobachter von Ruf glaubten, voraussetzen zu können. Von sachverständiger Seite wurde die jahreszeitliche Zunahme der Arbeitslosigkeit für den Winter 1927/28 auf 500.000 bis 600.000 geschätzt. In Wirklichkeit ist sie um das Doppelte gestiegen, wie nachfolgende Aufstellung aufweist:

Ende	Arbeitslos in den öffentlichen Arbeitsnachweisen	Unterstützte (Arbeitslos nach Sicherung und Arbeitslosenversicherung)
Dezember 1926	2 800 000	1 750 000
September 1927	881 400	492 000
Oktober 1927	881 200	451 000
November 1927	1 265 000	751 000
Dezember 1927	1 960 000	1 300 000
Januar 1928	1 944 000	1 500 200
Februar 1928	—	1 648 000

Demnach stieg die Zahl der Arbeitslosen von Ende Oktober 1927 bis zum 15. Januar um 1 000 000 und die Zahl der aus der Arbeitslosenversicherung Unterstützten um 1 500 000. Die Zahl der Arbeitslosen war allerdings um zehnte eine halbe Million geringer als im Vorjahre. Die Gesamtzahlen sind aber außerordentlich hoch, zumal, wenn wir in Betracht ziehen, daß wir uns innerhalb einer ausgesprochenen Hochkonjunktur gerade befinden.

Wenn nun von einzelnen Kritikern als eine der wesentlichen Ursachen für die Steigerung der Arbeitslosigkeit der leichte Unterstützungsbezug aus der Arbeitslosenversicherung gegenüber der früheren Erwerbslosenfürsorge in den Vordergrund der Betrachtungen geschoben wird, so ist dieses falsch. Nach den Untersuchungen des Reichsarbeitsministeriums wird der Einfluß der Arbeitslosenversicherung auf die Zunahme der Arbeitslosigkeit auf höchstens 5 Proz. der Gesamtzahl geschätzt.

Die Stimmen mehren sich, nach denen die gewaltige Zunahme der Arbeitslosigkeit nicht als eine der üblichen jahreszeitlichen Schwankungen des Arbeitsmarktes zu betrachten sind, sondern daß sie eine allgemeine Verschlechterung der Konjunktur bedeuten. Ein genaues Bild läßt sich hierzu noch nicht darüber gewinnen, wieweit die Konjunkturverschlechterung angenommen hat, zumal die günstige Witterung Anfangs Februar schon eine geringe Abmilderung der Arbeitslosigkeit gebracht hat. Daß aber einer ähnlichen Konjunkturerholung entgegenwirkende Hemmnisse vorhanden sind, ist ohne Zweifel der Fall.

Die Lage des Arbeitsmarktes in den Industriezweigen unseres Organisationsgebietes entspricht im großen und ganzen der allgemeinen Entwicklung. In einigen Industriegruppen ist der Beschäftigungsgrad erheblich über dem Durchschnitt, in anderen jedoch auch darunter. Durchweg dürfte jedoch bereits der tote Punkt überwunden sein. Die Arbeitslosen-Statistik unseres Verbandes für Anfang Februar weist ersichtlichweise einen, wenn auch geringen, Rückgang der Arbeitslosigkeit aus. Die Statistik erfaßte insgesamt 418 196 oder ca. 98 Proz. unserer Verbandsmitglieder. Davon waren 41 622 oder 9,9 v. H. arbeitslos und 11 951 oder 2,9 v. H. arbeitslos verlor. Im Vormonat standen die Verhältniszahlen für die Arbeitslosen innerhalb unseres Verbandes auf 106 und für Kurzarbeit ebenfalls auf 2,8 v. H. Wie in den einzelnen Industriezweigen die Lage des Arbeitsmarktes sich gestaltet, geht aus der folgenden Uebersicht hervor.

Von je 100 Mitgliedern waren arbeitslos:

	Ende Dezember 1927			Ende Januar 1928		
	männl.	weibl.	insges.	männl.	weibl.	insges.
Fabrikarbeiter-Verband insgesamt	11,7	9,1	10,7	10,1	9,0	9,9
In der Industriezweiggruppe:						
Chemie	6,7	8,5	7,1	6,2	8,7	6,8
Papier	3,4	4,6	3,7	3,2	4,1	3,4
Nahrungs- u. Genussmittel	8,5	19,7	9,8	8,4	12,4	9,4
Spielwaren, Blumen und Federn	22,2	18,9	19,6	23,1	16,7	19,8
Sonstige Industrien	17,6	9,8	16,8	17,6	10,1	15,4
Keramischer Bund insgesamt	15,5	9,4	14,3	13,5	8,9	12,6
a) Porzellan	6,7	5,5	6,2	6,2	5,4	5,9
b) Glas	8,5	5,8	8,2	9,0	7,0	8,8
c) Grobkeramik	24,1	20,7	23,7	19,7	18,7	19,6

Von je 100 Mitgliedern arbeiteten verlorzt:

	Ende Dezember 1927			Ende Januar 1928		
	männl.	weibl.	insges.	männl.	weibl.	insges.
Fabrikarbeiter-Verband insgesamt	2,3	4,6	2,8	2,5	4,0	2,8
In der Industriezweiggruppe:						
Chemie	2,5	7,4	3,7	1,9	5,8	2,7
Papier	1,1	1,6	1,2	0,8	1,4	0,9
Nahrungs- u. Genussmittel	0,5	2,2	1,6	3,7	2,4	3,3
Spielwaren, Blumen und Federn	10,7	11,8	11,8	14,0	12,7	13,8
Sonstige Industrien	3,0	3,1	2,4	1,5	2,6	1,8
Keramischer Bund insgesamt	2,5	3,6	2,7	3,0	3,8	3,1
a) Porzellan	4,9	6,3	5,1	6,0	5,9	6,0
b) Glas	1,8	1,2	1,8	2,8	1,4	2,4
c) Grobkeramik	2,8	1,7	2,2	1,9	0,6	1,7

Die meisten Industriegruppen weisen eine leichte Verbesserung des Beschäftigungsgrades auf. Ausnahmen machen mit geringen Verschlechterungen die Glas-Industrie und die Spielwaren-Industrie. Die geringste Arbeitslosigkeit wurde wiederum für die Papiererzeugungs-Industrie mit 3,4 v. H. ausgewiesen. Ihr nächst steht die Porzellan-Industrie mit 5,9 v. H. In der Gruppe Grobkeramik und Kunststoff-Industrie sind schon bemerkenswerte Verbesserungen des Beschäftigungsgrades erkennbar, so daß, falls es die Witterungsverhältnisse erlauben, eine zeitige Arbeitsaufnahme in den Saisonbetrieben wahrscheinlich ist.

In der geographischen Verteilung der Arbeitslosigkeit zeigen je nach Landesstelle die stärksten Verhältniszahlen, in denen die Gruppe Kunststoff-Industrie verhältnismäßig stark innerhalb unserer Mitgliedschaft hervorragt: Ostpreußen, Pommern, Nordmark, Westfalen, Rheinland. In der Glas-Industrie ist Thüringen und Bayern besonders stark in Mitleidenschaft gezogen, in der Porzellan-Industrie ein Teil der Thüringischen Betriebe.

Tarifkommissionierung

der Tafelglasindustrie.

Die Sitzung wird um 10 Uhr am 20. Februar im Volkshaus in Dresden vom Branchenleiter, Kollegen Krebs, eröffnet. Anwesend sind die Kollegen Girbig, Krebs, Wolf, Lenhorn, Dirscherl, Wubmann, Werner, Schill und Bump.

Kollege Krebs gibt eine ausführliche Schilderung über die Lage der mit der Hand arbeitenden Tafelglasindustrie. Schwer ist diese Industrie in ihrer Existenz von der mechanischen Tafelglasindustrie bedroht. Von den 65 Betrieben sind 19 gänzlich stillgelegt und ist an deren Betriebsaufnahme nicht mehr zu denken. Von den übrigen 46 Betrieben sind aber gleichfalls noch acht Betriebe augenblicklich stillgelegt, doch ist mit aller Bestimmtheit zu erwarten, daß die Betriebsaufnahme bald erfolgen wird. Die Arbeiterschaft hat den Ernst der Lage erkannt, wird aber bemüht sein, das Tarifverhältnis aufrecht zu erhalten. Der Rohmaterialtarif wie die Lohnsätze sind von den Industriellen gekündigt worden, die keinen Zweifel darüber lassen, daß sie erhebliche Verschlechterungen durchziehen wollen.

Die Verhandlungen mit den Industriellen sollen am 5. März nachmittags 3 Uhr in den Räumen des Arbeitgeber-Verbandes beginnen. Die Organisation wird alles tun, diese Verhandlungen zu einem gedeihlichen Abschluß zu bringen. Wenn dies in freier Verhandlung nicht möglich sein sollte, werden wir Sorge tragen, daß die Verhandlungen im Reichsarbeitsministerium fortgesetzt werden. Notwendig ist, daß örtliche Verhandlungen abgelehnt werden, denn diese tragen zur Verwirrung bei, und in örtlichen Beratungen suchen die Industriellen ihre Pläne durchzusetzen.

Es geht nicht an, daß die Industrie sich lediglich auf Kosten der Arbeiter erhält. Die Arbeiter haben alles getan, um die Produktion zu erhöhen. Die Industrie dagegen hat es abgesehen, der Rationalisierung das Wort zu reden. Die pneumatische Preiße hätte sicher die Gesundheit der Arbeiter gefördert und eine Erhöhung der Produktion herbeigeführt. Bei den Industriellen machte sich aber der stärkste Widerstand, die Preiße einzuführen, geltend.

Die angekündigten Lohnherabsetzungen sind so ungeheuerlich, daß die Existenz der Tafelglasmacher wie aller Hilfsarbeiter auf das ernsteste gefährdet ist. Wir müssen es ablehnen, Lohnherabsetzungen hinzunehmen, denn selbst mit den stärksten Lohnherabsetzungen macht man die Tafelglasindustrie nicht leistungsfähig.

Vor allen Dingen gilt es auch Front zu machen gegen die Verlängerung der Arbeitszeit an den Wannenöfen. Heute arbeiten wir acht Stunden mit einem Vierstufentakt, so daß nach jeder Arbeit eine Pause von 24 Stunden eintritt. Die Gesundheit der Tafelglasmacher ist heute schon sehr stark mitgenommen und wenn die Arbeitszeit durch den Fall des Vierstufentakts verlängert wird, dann wird es mit der Gesundheit noch schneller bergab gehen. Wie will man denn aber die Produktion erhöhen, wenn in drei Schichten gearbeitet wird? In vier Schichten ist der Glasmacher weit mehr ausgenutzt als in drei Schichten und kann eine größere Kraftentfaltung bei der Arbeit entwickeln. Wir müssen es entscheiden ablehnen, dieser Forderung zu entsprechen, da durch diese Verschlechterung die Produktion sinken dürfte, aber keineswegs erhöht wird und die Arbeitslosigkeit sich wesentlich steigert. Haben wir unter den Tafelglasmachern schon heute einen sehr hohen Prozentsatz von erkrankten Kollegen, dann wird eine weitere Steigerung der Krankheitsziffer eintreten.

Auch die Lebenshaltung der Gehilfen, der Glasstrecker und Glaschneider darf unter keinen Umständen herabgesetzt werden. Die Organisation ist in der Lage, jede Verschlechterung für alle Arbeiter der Tafelglasindustrie zurückzuweisen. Die Industriellen werden bei allen Versuchen, die Lebenshaltung der in der Tafelglasindustrie beschäftigten Arbeiter herabzubringen, auf Grund beibehalten.

Die Lenkung können auch die Tafelglasindustriellen nicht bestreiten. Unsere Forderungen auf die Verbesserung der Lohn- und Arbeitsverhältnisse sind deshalb gerecht. Das Arbeitsministerium hat auch in seinen letzten Schiedssprüchen die Lenkung anerkannt und überall Lohnherabsetzungen bewilligt, deren Ausmaß noch leider viel zu gering ist, um der verteuerten Lebenshaltung wirksam zu begegnen.

Ebenso ungeheuerlich ist es, wenn durch die angekündigten Maßnahmen der Industriellen die Sonntagsarbeit wieder eingeführt werden soll. Lange Jahrzehnte hat die Arbeiterschaft und nicht zuletzt die Tafelglasarbeiterschaft um die volle Einführung der Sonntagsruhe gekämpft, und wir werden diese Errungenschaften nicht kampflos aufgeben.

In der Ferienfrage sind die Vorschläge der Arbeiter zu beachten, denn die bisher gewährten Ferien sind äußerst gering. Die Ferienzeit reicht nicht aus, um die Arbeitskraft völlig zu stärken.

Die Diskussion zeigt, daß auf allen Seiten der ernste Wille vorhanden ist, jede Verschlechterung zurückzuweisen. Die Forderungen der Industriellen werden ausreichend besprochen und von allen Rednern als unannehmbar bezeichnet. Scharf kommt zum Ausdruck, daß die pneumatische Preiße als völlig unannehmbar bezeichnet werden muß, den Industriellen in irgend einer Richtung zu folgen.

Die eingegangenen Forderungen der Zahlstellen werden von der Konferenz beraten und soweit wie möglich in einheitlicher Form zusammengefaßt. Inzwischen wurden sie auch den Industriellen zugestellt.

Penzig.

Daß der Beruf der Glasarbeiter ein schwerer und aufreibender ist, dürfte bei vernünftiger Beurteilung der bestehenden Tatsachen nicht bestritten werden. Mehr denn je werden heute hohe Anforderungen an die Leistungsfähigkeit der Glasarbeiter gestellt. In Penzig ist es nicht anders. Das größte Werk am Ort sowie in dem Bezirk der Gruppe III ist die Adlerhütte. Nachstehende Klagen sind in den Betriebsvertragsammlungen zutage getreten und dürfen der Öffentlichkeit nicht vorenthalten werden. Seit dem 1. April 1927 besteht der neu geschlossene Manteltarifvertrag, in dem festgelegt ist, daß die Stücklohnrate an erreichbaren Stellen für die Affordglasmacher anzuheben müssen. Die Firma Adlerhütte in Penzig, die vier Fabrikabteilungen, die von einander getrennt liegen, in Penzig hat, ist bis heute noch nicht dem vertraulichen Recht der Arbeiter nachgekommen. Schon seit dem Jahre 1926 fordern die Glasmacher die Umrechnung und Neuauflistung des Affordarbeiter-Stücklohnrates, bis jetzt ist auf vieles Drängen nur für eine Arbeiterkategorie ein solcher Tarif, und zwar für die „verwärmte Preiskategorie“ herausgegeben worden. Alle Verträge werden sogar bei dem zuständigen Arbeitgebersverband, dem DVG, ruhen nicht, zu welchen Verhältnissen auf einen je getrennten Betrieb ein Nichtbestehen eines einheitlichen Affordtarifs führen kann, sei an folgendem Vorkommnis, das nicht vereinzelt dasteht, illustriert. Ein Glasmacher fertigte Flaschen auf Abteilung C an, bekam pro 100 Stück 8 RM. und ein paar Pfennige. Auf Abteilung A fertigte auch ein Glasmacher solche Flaschen an; dieser erhielt über 13 RM. an Lohn für 100 Stück. Als sich der Glasmacher, der nur reichlich 8 RM. für seine Arbeit erhielt, beschwerte, sagte man ihm: „Ja, die anderen Flaschen sind zum Schmelzen“. Aber noch niemals wurde ein Unterschied in der Qualität gemacht. Viele solcher Vorkommnisse könnten angeführt werden, doch lassen wir es genügen. Die Glasmacher haben nur zu recht, wenn sie sagen, daß bei einem einheitlichen Affordtarif nach dem Manteltarifvertrag solche Verhältnisse nicht wären. Aber die Dinge mit dem Manteltarifvertrag und deren Auslegung liegen hier zu offenbart, warum man die Veranschlagung eines Stücklohnrates so verschleiert. Oder ist es dem Betriebsdirektor angeheim, wenn ein Glasmacher sich bei jeder Sorte um die Höhe der Bezahlung

Vorgänge in der Kristallglasindustrie des Sächsischen und Riesengebirges.

Die Kristallglasindustrie gehörte in der Vorkriegszeit zu den wichtigsten Industriezweigen, in welchen der Kleinbetrieb vorherrschte. Wünschenswert wurde diese Entwicklung dadurch, daß die Arbeitsweise eine durchaus handwerkliche war, d. h. ohne mechanische Hilfsmittel sich vollzog. Nur der Antrieb der Schleifräder erfolgte durch Wasser-, Dampf- oder elektrische Kraft, wobei die Wasserkraft vorzuziehen war. Die Antriebskraft derselben lagte dazu, daß an den röhrenförmigen Gewässern kleinere Räder eingebracht wurden, die teilweise selbständige Betriebe waren, zum Teil aber zu den größeren Unternehmungen gehörten. So finden wir auch heute noch den Zustand, daß selbst größere Werke nicht zentralisierte Schleifereien besitzen, sondern die Wasserkräfte selbst, solche errichten oder weiter ausbauen. In den kapitalkräftigeren Firmen sind an Stelle der uralten primitiven Wasserräder Turbinenanlagen gesetzt worden, die eine viel besserer Ausnutzung dieser Kraft vorzuziehen sind. Folgt man den Wasserläufen der Gebirgsgebiete im Sächsischen und Riesengebirge, so hört man sehr oft aus den Schauern das typische bald pfeifende, klingende oder kreischende Geräusch des Schleifens. Ganz besonders stark sind die kleineren Betriebe in Dittmannsdorf, Waldenau, Altdorf, Altdorf, Altdorf und Waldenau zu betonen, wo das Wasser oft von einem Haus zum anderen zum Antrieb der Schleifräder benutzt wird. Aber auch in Petersdorf, Schreiberhau, Dittmannsdorf und Waldenau findet man viele dieser Klein- und Wasserkraft arbeitenden Betriebe.

Erfolgte in früherer Zeit fast ausschließlich die Herstellung des Kristallglases in diesen kleinen Wasserbetrieben, so ist dies im Laufe der Zeit anders geworden. Wohl sind die beiden Gebiete auch heute noch die ausschlaggebenden Produktionsgebiete der Kristallglasindustrie, in welchen wir aber die Tendenz zur Konzentration von Großbetrieben finden, um sich gegenüber der wachsenden Konkurrenz durchsetzen zu können. Ganz besonders deutlich sehen wir dies bei der Tafelglasindustrie, dem größten Unternehmen in der gesamten Kristallglasindustrie; aber auch bei der Firma Franz Wimmer in Altdorf, Kobrbad & Wöhme in Waldenau, B. Köhler in Sittenberg u. a. m. Hatte schon die Konzentration eine starke Abschreibung der Betriebe mit sich gebracht, so ist diese Entwicklung in den letzten Jahren weitergegangen; immer neue Stellen wurden eingerichtet, so daß wir in den zuletzt genannten Betrieben heute 200 bis 300 Beschäftigte finden.

Wer jedoch glaubt, daß damit den Kleinbetrieben der Todesstoß versetzt worden sei, ist im Irrtum. Wie leben im Gegenstande ihren Kleinbetrieb nach dem anderen entstehen; nicht nur in den zwei genannten Gebieten, sondern auch in anderen Bezirken des Sächsischen Riesengebirges und der Umgebung. Dies geschieht immer überaus handwerkliche Arbeitsweise, nicht zuletzt aber auch durch die Tatsache, daß noch immer ein Teil der Arbeiter fehlt die Fertigkeit und so den Betrieb erschwert. Dies kommt, daß „wenig der Arbeitgeber alles getan wird, um das Lohnniveau dieser qualifizierten Arbeiter so niedrig wie möglich zu halten und viele sich bemühen, um auf dem Wege der „Selbstständigkeit“ höhere Verdienste zu erzielen.

Das vergangene Jahr brachte der Kristallglasindustrie eine neue Konjunktur und damit eine weitere Ausdehnung der Betriebe. Vor Weihnachten wurden alle Kräfte bis zum äußersten ausgeschöpft, um hinauszuwringen, was nur irgend möglich war. Es braucht deshalb nicht wunderzunehmen, wenn gegenwärtig der Beschäftigungsgrad ein sehr hoher ist. Zurzeit liegen die größten Betriebe im Sächsischen Riesengebirge teilweise still, teilweise wird gearbeitet, wie es seit Jahren auch im Riesengebirge im letzten Winter der Fall ist. Mit diesen Ausweitungen einer allzuweitläufigen Kapitalistischen Weltordnung muß und würde die Arbeiterschaft noch abfinden, wenn nicht diese seitens der

Arbeitgeber zu unerhörten Lohnrückstellungen benützt würde. Invas bestehen Tarifverträge und Lohnabkommen, aber man weiß sich zu helfen. Neue Muster werden angefertigt, und bei der Preisregelung legt der Druck ein. Die Devise ist: „Muster billig!“ Das heißt nicht für den Käufer der Ware, der dann solche prachtvolle Sachen nur gegen schweres Geld erlangen, nein, dieses billig gilt nur für die Arbeiterschaft. Von ihr wird verlangt, daß sie unglücklich niedrige Afforde anerkennt, was besonders im Sächsischen Gebiet um so schwerer wirkt, als dort die Löhne an sich schon sehr niedrig sind. Immer wird behauptet, daß es die Konkurrenz ist, die zu solchen Maßnahmen zwingt, und verlangen die Herren nicht mehr und nicht weniger, als daß die Arbeiterschaft die Lasten dieses Kampfes zu tragen hat. Im Grunde genommen liegen die Dinge aber so, daß auf Grund der niedrigen Löhne der Profit unter allen Umständen gesichert werden soll.

Interessant sind die Mittel, die seitens der Herren zur Erreichung ihres Zieles angewandt werden. Die Firma H. Wimmer in Altdorf kündigt Kurzarbeit an, läßt aber in Wirklichkeit nur einen kleinen Teil der Belegschaft verlorzt arbeiten; der größere Teil arbeitet voll. So sollen die Arbeiter gegeneinander gehetzt werden. Die Erregung unter der Arbeiterschaft ist natürlich groß; doch behauptet die Firma, für diese Leute Arbeit nicht mehr zu haben, weil sie Mottosher seien. Sie stellt mit diesem Ausdruck einen Teil der Arbeiter, die durch Untertänigkeit niedrig bezahlte Muster mit ihren Verdiensten unter dem Durchschnitt bleiben, als minderwertig hin, sie waren aber gut genug, zur reibungslosen Durchführung des Weihnachtsgeschäftes Überstunden zu leisten. Diese Firma ist aber auch eigenentkennend:

Für diese Leute ist Arbeit vorhanden, wenn sie das „Muster Fraktur“ anhat in Klasse 19 in Klasse 17 bestellen, also 10 Proz. billiger!

Dann könnten sie sogar voll arbeiten! Gewissmenschen!

Auf diesem Wege ist es aber nicht gelungen, die Lohnrückstellungen durchzusetzen. Jetzt muß das „Arbeitsamt“ helfen. Ein für die genannte Firma arbeitendes Werk liegt still. Nun werden die dort arbeitslosen Arbeiter plötzlich angefordert, sie sollen das in Altdorf abgelebte Muster anfertigen. Unter Berufung auf den allgemeinen verbindlich erklärten Tarifvertrag behaupten dies die Kollegen ab. Schon ergeht der Ruf des Verbandes der Glasindustriellen, der sich sonst um dieses Werk nicht kümmert, an das Arbeitsamt, den angeblich die Arbeit verweigern den Schleifern die Erwerbslosenunterstützung zu entziehen. Wiederum soll mit Hilfe des Arbeitsamtes die Lohnrückstellung erfolgen, ist doch die Sache im Jahre 1926 so glänzend gelungen, weshalb sollte es nicht auch jetzt wieder zum Erlöse für die Unternehmer führen. Die Arbeiterschaft kennt das Spiel der Industriellen und wird dafür Sorge tragen, daß es nicht gelingt, abermals Verschlechterungen durchzusetzen, die Kollage der Arbeiter noch weiter zu verschlechtern.

Einfacher macht sich die Arbeitergemeinschaft für Kristallglasindustrie in Sittendorf die Dinge. Die Firma kündigt einfach einen Lohnrückgang an und glaubt nun ohne weiteres die Löhne kürzen zu können. Als ihr vor Gericht gestellt wurde, daß es so nicht geht, soll der Betrieb stillgelegt werden, während die Arbeit an sogenannte Regiebetrieben weitergegeben wird. Hier gilt es, wie in der gesamten Branche die Verhandlungen mit allen diesen Werken aufzunehmen, damit jede Lohnrückstellung abgelehnt werden kann.

An alle Kollegen der Kristallglasindustrie ergeht der Ruf: Schließt die Reihen! Seht einig in der Organisation, um so leichter werden wir nicht nur jeden Anschlag auf Lohn- und Arbeitsbedingungen abwehren, sondern auch Verbesserungen derselben durchsetzen können.

herumstreifen muß? Wie ist es bei den mundgeblasenen Sontaggläsern? Erst gab es pro 100 Stück 1,80 RM, jetzt 1,00 RM. Nach der Tarif der Handblasenmacher sollte schon im Frühjahr aufgebessert werden; bis heute ist dieses noch nicht erfolgt.

Nun zu den sanitären und technischen Verhältnissen des Betriebes. Vor allem klagen die Glasmacher, daß durch die Lagernden Abscheulen vor den Gütentüren die Gütentische vom Wind in die Gütten hineingetrieben wird. Fliegt solcher Abscheul in die Glasformen, gibt es reißige Gläser, die weggeworfen werden. Der Glasmacher bekommt dafür, obwohl er nicht schuld ist, nichts bezahlt, weil gesagt wird, das sind Arbeitsfehler.

Aber auch über schlechte Beleuchtung der Gütten wird geklagt. Obwohl die Fabrik selbst ein Elektrizitätswerk hat, wird die notwendige Beleuchtung für alle Defen nicht angebracht. Ganz recht hatte ein alter tüchtiger Glasmacher, als er ausführte, daß die vielen Augenerkrankungen mit auf das Konto der schlechten Beleuchtung beim Glasmacher zurückzuführen seien. Denn gerade durch die Dunkelheit in der Gütte selbst, durch die Lichtwechselwirkung vom glühenden Glasfenster wieder ins Dunkel ist das Auge bedeutend mehr Anstrengungen ausgesetzt. Aber auch die Behandlung und Entlohnung läßt sehr zu wünschen übrig. Wer sein Recht verlangt, wird in eine andere Werkstelle oder in eine andere Abteilung versetzt, hat derselbe dann, wie berichtet, 19 RM als Glasmacher die Woche verdient und fordert sein Recht, dann wird die jetzt so oft beliebte provozierende Redensart benutzt: Die Arbeit werde sabotiert. Wird verlangt, daß diese oder jene Uebelstände beseitigt werden sollen, heißt es: Es ist früher gegangen, deshalb muß es auch heute gehen. In der Leitung dieses Betriebes ist der arbeitserfreundliche und bereits weitbekannte Direktor U. B. früher in Hadeberg und Kamenz, zum „Wohle“ der Glasindustrie tätig. Eine Frage: Was sagt denn zu all diesen Dingen der Herr Generaldirektor? Aber auch in verschiedenen anderen Betrieben ist es nicht besser, auf der Rhönhütte schwingt Herr Weipner Jr., der das Erbe seines Vaters zu verwalten hat, seinzepter. In allen Betrieben erkrocht man: Kann man noch mehr aus den gequälten Arbeitern herauskochen. Jetzt schon macht sich ein Einträgemangel bemerkbar. Wie soll es im Sommer werden? Aus Obersachsen und sonstwo werden heute Einträger angeworben. Doch über das Kapitel Nachwuchs ein andermal. Ueber einen trafen Fall muß hier noch berichtet werden. Bei der Firma Tiede und Seidensticker bekam ein junger Mann, nachdem er lange Zeit bereits in Kompanie gearbeitet hatte, einen ganzen Hafen. Der Gehilfe war auf Dyländer, weil solche gearbeitet werden mußten, nicht eingeweiht, die Folge war, schlechter Verdienst, und zwar 15 RM die Woche. Obendrein noch allerhand Nebensachen über schlechte Arbeit, wofür er nicht kann. Er wird vorstellig um eine Entschädigung. Diese wird abgelehnt. Wegen solchen Unrechts verläßt er plötzlich den Arbeitsplatz, kehrt in die elterliche Wohnung und sucht seinem Leben durch Gastergung ein Ende zu machen. Nachher bemerken dies, bringen in die Wohnung, und der mit dem Tode ringende Mensch wird im letzten Augenblick durch Wiederbelebungserfolge ins Leben zurückgerufen. So quält dieses System die Menschen.

Arbeiter und Arbeiterinnen, schließt euch reiflos dem Verband Fabrikarbeiter, Abteilung Keramikischer Bund, an.

Nur dann wird es uns möglich sein, zu gegebener Zeit menschenwürdige Behandlung und bessere Wohn- und Arbeitsbedingungen zu erkämpfen.

Lauscha.

Die durch wirkungsvolle Versammlungen des Kollegen Elfslein eingeleitete und durch Hausagitation fortgeführte Werksaktion des Fabrikarbeiterverbandes der Hahlfeldle Steinach zeitigte bereits sehr wesentliche Erfolge. In allen Orten ist ein starker Zustrom zur Gewerkschaft zu verzeichnen. Man sieht ein, daß die Zwangsinnung nicht helfen und vor allen Dingen die Heimarbeiter nicht von den drückenden Steuerlasten befreien kann. Wie wir erfahren haben, sollen die Innungsvertreter die Auflösung der Innung fast einstimmig beschlossen haben. Der Antrag wird nunmehr einer Innungsversammlung vorgelegt und zweifellos auch einstimmig angenommen werden. Zweifellos tragen die Referate des Kollegen Elfslein, daß den Heimarbeitern nur mit Hilfe einer großen Kampforganisation geholfen werden kann, viel mit dazu bei, daß die Christbaum- und Angenmacher endlich erwachen. Sind die Heimarbeiter im großem Umfang in der freien Gewerkschaft zusammengefaßt, und ist die Zwangsinnung aufgelöst, dann wird der Kampf auch in bezug auf Steuerlasten bald von Erfolg gekrönt sein. Ebenso wichtig ist die Erlämpfung eines Lohntarifes und die scharfe Ueberwachung desselben durch die Gewerkschaft und die Heimarbeiter. Im Augenblick ist es noch nicht möglich, eine genaue Zahl anzugeben, die den Weg zur Organisation bereits gefunden hat, da die eingeleitete Hausagitation noch nicht abgeschlossen ist; jedoch haben sich schon mehr als bereits 400 Kollegen wieder dem Verband angeschlossen. Sehr gute Ergebnisse sind aber bereits in Lauscha und Ernstthal erzielt. Auch in Steinach und Neuhaus a. Rhg. haben bereits viele Heimarbeiter den Weg zur Organisation gefunden. Wir dürfen nicht eher rasten, bis die organisierten Heimarbeiter so stark sind, daß sie mit Leichtigkeit die Querstreiber und Wiesmacher an die Wand drücken können. Deshalb vorwärts auf dem mit Erfolg beschrittenen Weg, hinein in die freie Gewerkschaft, mitgekämpft, dann wird auch das Arbeitsverhältnis der Heimarbeiter bald ein menschenwürdiges werden!

Tschechoslowakei.

Bei der Firma Raschauer & Pollak, Spiegelglasfabrik in Krieger (Tschchoslowakei), sind ernste Differenzen ausgebrochen. Die Firma sucht fortgesetzt die Löhne zu kürzen und die Arbeitszeit zu verlängern. Die dort beschäftigten Kollegen haben dazu wiederholt Stellung genommen, aber die Firma besteht auf die Verschlechterung der Arbeitsverhältnisse. In den letzten Tagen gab die Firma die Erklärung ab, daß, wenn sich die Arbeiter die Verschlechterungen nicht gefallen lassen, daß dann Arbeiter aus Deutschland beschafft würden. Wir bitten deshalb alle Glasbläser und Polierer, unter keinen Umständen Arbeitsangebote aus der Tschechoslowakei anzunehmen.

Hörstel.

Der Arbeitsnachweis in Hörstel in Westfalen wird vom Kollegen Karl Gundlach in Hörstel in Westfalen, Glasbütte 155, geführt, und bitten wir, dies zu beachten.

Tarifverhandlungen vor der Tür.

In den letzten Jahren waren die Frühjahrsmonate für die feinkeramische Arbeiterschaft stets Kampfsmonate in stärkstem Ausmaß. Im Jahre 1927 ging es besonders hart zu. 42.000 Arbeiter und Arbeiterinnen wurden ausgesperrt, und der Rest sollte noch auf die Straße liegen. Die Unternehmer der feinkeramischen Industrie beachteten, sich die Arbeiterschaft durch Druck gezwungen zu machen. Darum wurde nichts, weil das Reichsarbeitsministerium in den Streit eingriff und ihn mit der Verbindlichkeitsklärung beendete. Der Arbeiterschaft der genannten Industrie war dies sehr unangenehm, den Unternehmern dagegen kam diese Beilegung sehr gelegen, denn der Geschäftsgang, der sich gerade wieder etwas belebte, mußte ausgenutzt werden.

So stand es bei der Beendigung der vorjährigen Tarifbewegung.

Im Laufe des Jahres hielt dieser Geschäftsgang an. Preiserhöhungen für Porzellan wurden vorgenommen. Die Lohn-erhöhungen damit in vielfach höherem Maß auf die Kunden abgewälzt, so daß die vorjährige Tarifbewegung infolge der guten Konjunktur ein glänzendes Geschäft für die Porzellanindustrie wurde. Die Porzellanindustrie vor allem profitierte nicht nur an der Preiserhöhung für ihre Produkte, die mit der Lohn-erhöhung sein begründet werden konnte, sondern an den Ver-kaufserlösen und an größeren Umläufen. Den Anstoß, den sie infolge der Aussperrung hatte, bekam sie dadurch wieder zurück, daß sie Ueberstunden machen ließ. Man kann also sagen, das Jahr 1927 verlief für die feinkeramische Industrie unter außerordentlich günstigen Umständen, trotzdem es sich nicht besonders günstig anließ.

Die Arbeiter und Arbeiterinnen der feinkeramischen Industrie trauen von sich keine so erheblichen Forderungen machen, weil sie trotz des bestehenden Tarifschutzes sehr viele Verschlechterungsmaßnahmen abzuwehren hatten. Anstatt die Arbeiter auch an der guten Konjunktur teilnehmen zu lassen, verweigerten viele Unternehmer das Gegenteil: Die Preise zu drücken, die Leistungen aber zu treiben und die Arbeitszeit künstlich zu verlängern.

Daß die Dinge nun so liegen, weil die Unternehmer freiwillig nicht das kleinste Entgegenkommen zeigen, weil sie nicht nur Verschlechterungen direkter und indirekter Art ihren Belegschaften bieten, weil sie allen Willen vermissen lassen, deshalb ist die Arbeiterschaft gezwungen, ihnen mit Hilfe ihrer Organisationen das abzurufen, was sie brauchen. Dazu gehört in erster Linie ein höherer Lohn, aber nicht nur ein höherer Lohn, sondern in seiner Kaufkraft. Die Lohnzulage 1927 hätte der Porzellanarbeiterschaft herzlich wenig; denn die Lebenshaltung ist heute mehr als die Zulage ausmachte. Neben der Lohnzulage müssen auch noch wirtschaftliche Verbesserungen von den Unternehmern aus-gehen, damit der Arbeiterschaft ein größerer Schutz gewährt wird, damit aber auch wirtschaftlich gerechtere Rechte für sie zur Tat werden. Rechte müssen ausgeübt werden.

Die Unternehmer der feinkeramischen Industrie werden die Forderungen der Arbeiterschaft nicht mit großer Klagen über den wirtschaftlichen Stand der Betriebe abtun wollen. Dort haben sie es zur Weisheit gebracht. Aber davon können die Arbeiter und Arbeiterinnen nicht leben. Es bleibt trotzdem, daß die klugen Unternehmer und ihre Mitgesellschafter ein herrliches Leben führen, während die Belegschaft das kümmerlichste Dasein fristet. Das muß geändert werden. Die Arbeiterschaft muß sich nicht beruhigen. Sie verlangt von den Unternehmern die Rechte, daß ihr aus größtem Teil vorzuenthalten wird. Solange die Unternehmer allein in den Betrieben bestimmen, haben sie die gesamte Verantwortung für eine massenverderbende und lebensbedrohende Arbeiterschaft zu tragen. Das ist es, was sie nicht, wenn sie zu weitgehender Verantwortung nicht sich verpflichten, daß solche Zustände und Direktoren ihre verantwortlichen Pflichten nicht ganz erfüllen, aber auch nicht alles tun, die notwendigen Schwierigkeiten zu überwinden. Auf die kann keine Rücksicht genommen werden.

Denn Kollegen und Kolleginnen, nicht klüßeln in den Seiten, der Lohn und der Fortschritt des Lebens muß nicht weiter getrieben werden. Wenn jemand keine Not in der

Öffentlichkeit zu betonen hat, so sind dies die feinkeramischen Arbeiter und Arbeiterinnen und ihre Angehörigen. Drum legt euch reiflos ein für eine Verbesserung des Tarifes und der Umlaufen, überzeugt die noch fernstehenden Unorganisierten von der Notwendigkeit der Organisation und haltet euch bereit für die nächsten Wochen.

Wir müssen gerüttelt sein, für alle Fälle. Nz.

Der Urlaub der Porzellanarbeiter.

Bei allen früheren Verhandlungen über den Abschluß eines Tarifvertrages spielte die Frage des Urlaubs eine große Rolle, und zwar für die Arbeiter mit Recht. Die Porzellanarbeiter sind ein armes, ausgeemergeltes Volk. Von Woche zu Woche, von Jahr zu Jahr müssen sie im Afford in stinkigen, staubigen, manchmal nassen und kalten, in anderem Falle wieder in überhitzten Räumen arbeiten. Einmal im Jahr sehnen sie sich deshalb danach, auszupannnen, die Betriebe zu verlassen, um in frischer Luft, in der freien Natur sich zu erholen. Dazu brauchen sie Urlaub, und zwar bezahlten Urlaub. Die Arbeitgeber, ihre Direktoren und sonstigen Geldbesitzer, die selbst für sich einen recht angenehmen Urlaub beanspruchen, befürworten die Urlaubsforderungen der Arbeiter mit allen Mitteln. Den unter 20 Jahre alten Arbeitern und Arbeiterinnen wollte man bei den letzten Verhandlungen im vergangenen Jahr überhaupt keinen Urlaub bewilligen. Diese brauchten keinen, denn die hätten sich ja in den paar Jahren, in denen sie in der Porzellanindustrie arbeiteten, noch nicht kaputt gearbeitet. Dabei vertritt neuerdings die Wissenschaft den Standpunkt, daß Augenblicke vor Erreichung einer gewissen körperlichen Reife überhaupt nicht in der Porzellanindustrie arbeiten sollen. Urlaub für die Porzellanarbeiter sei von großer gesundheitlicher Bedeutung, so urteilen Ärzte. Das Erreben der Unternehmer in der Porzellanindustrie zeigt vom Gegenteil. In den letzten Jahren wurde der Urlaub auf Drängen der Arbeitgeber von der Schlichtungsinstanzen abgelehnt. Die Werke können es nicht mehr ertragen, so sagten die Arbeitgeber zum Schlichter. In Leipzig fanden sie im vergangenen Jahr einen willigen Unparteiischen. Wenn es nach ihm gegangen wäre, wäre der Urlaub gewollt abgelehnt worden. Das konnten wiederum die Arbeiter nicht ertragen. Sie wollen mehr Urlaub und auch noch mehr, als sie sich nachher erkämpft haben. Auch der Urlaub, der dann in Berlin 1927 im Vertrag festgelegt wurde, genügte noch nicht. Die Industrie kann den Urlaub tragen, das beweist das vergangene Jahr. Und sie kann dieses Ertragens noch ein Ubriges für die armen ausgeemergelten Porzellanarbeiter tun. Wie es mit dem Urlaub stand und steht, ergibt die Uebersicht über die tariflichen Urlaubsbestimmungen in den letzten Jahren.

Leipzig Berlin 1920 1921 1922 1923 1924 1925 1926 1927 1927

	1920	1921	1922	1923	1924	1925	1926	1927	1927
im 2. Kalenderjahr	4	4	4	4	3	3	3	3	3
3	5	5	5	5	4	4	4	4	4
4	6	6	6	6	5	5	5	5	5
5	7	7	7	7	6	6	6	6	6
6	8	8	8	8	7	7	7	7	7
7	9	9	9	9	8	8	8	8	8
8	9	9	9	9	8	8	8	8	8
9	9	9	9	9	8	8	8	8	8
10	9	9	9	9	8	8	8	8	8
nach 10. Febr.	10	10	10	10	10	9	9	9	10
nach 12. Febr.	—	—	—	—	—	—	10	8	10
nach 14. Febr.	—	—	12	12	12	12	12*	10*	12
nach 21. Febr.	—	12	15	15	15	—	—	—	13

Wera.

Im Bericht der Zahlstelle Wera liegen einige größere und kleinere Porzellanfabriken. Das Organisationsverhältnis ist als gut zu bezeichnen, und die Kollegenschaft nimmt lebhaftes Anteil am gewerkschaftlichen Leben. In Betriebsversammlungen, Fraktionstätigkeiten der einzelnen Betriebe, als auch in einer

*) Max in den Ortsklassen A und Groß-Berlin.

Branchenleiterung wurde eingehend Stellung zu dem geforderten Vertragsverhältnis genommen, und es wurde lebhaft begrüßt, daß auch der Lohnschiedspruch gekündigt wird. Zum Mantelbertrag hatten die Kollegen sehr viele Uebererhöhungen, die der Zentralbranchenleitung und kommenden Verhandlungskommissionen zugeleitet wurden. Die Kampfbereitschaft und der Kampfesmut lassen nicht viel zu wünschen übrig. Leider sind auch in unserem Bezirk die Leistungszahlen der Arbeiter ins Unermessliche gestiegen, und dank dieser unfürsinnigen Wählerlei konnte zwar die Produktion um 40 bis 100 Proz. erhöht werden; aber die Stückpreise wurden immer niedriger, so daß in den meisten Fällen die Ueberbasis geradezu erreicht wird. Unsere Kollegen müssen sich endlich einmal wieder angewöhnen, als Menschen zu arbeiten. Die Nationalisierung muß vor allem auch uns Vorteil bringen, sonst hat sie ihren Sinn verloren. Wenn man sich vergegenwärtigt, daß ein einziger Isolator von einigen 20 Centnern Schwere und über 6 Meter Höhe auf der Werkstoffschau in Berlin großes und berechtigtes Aufsehen erregt hat, wenn man die illustrierten Blätter aller Schattierungen überfliegt, und dieses Wunder im Wilde anschauen kann, dann kommt man zu dem Ergebnis, daß die Porzellanarbeiter doch ruhige Menschen sind; sonst würden sie sich mit viel mehr spontanem Glanz auszeichnen, daß sie für ihre Arbeit so erbärmlich bezahlt werden. Das Ungemut dieser Uebererhöhung wurde von Herrndorfer Kollegen hergesteuert, die dafür noch nicht einmal so viel Lohn erhielten, als die hohe Direktion für eine Fahrt nach der Werkstoffschau vorausgabte, geschweige denn, die Tageslohn zu rechnen. Und so ist es überall. Die Kollegen produzieren und schlagen ihr Leben ganz kümmerlich durch. Ganz besonders schlecht sind die Reilöhner daran; denn diese armen Wärmer müssen mit ihren paar Groschen eine ganze Woche schuften und können sich keinen Bissen Fleisch des Sonntags kaufen. Nachher stellt sich so ein Direktor hin, dem der Stahlhelm lieber ist, als eine Anzahl Hofarbeiter und sagt darüber, daß sich diese Arbeiter nicht an die ehemalige militärische Ordnung — zu der Zeit, wo dieser Herr Hauptmann war — gewöhnen könnten. Gewiß sind die Sehnsüchtigen dieses Herrn nach Mussolinien gerichtet; es steht ihm aber nichts im Wege, seiner Sehnsüchtsträume Wirklichkeit angeben zu lassen. Vielleicht gibt es auch Arbeiter, die ihn ins Wesserland vermissen, allwo er besser aufgehoben sein soll. In einem anderen Betriebe machen die Mädchen in der Malerei Männerarbeit, und dieser betreffende Direktor beweist damit, daß er gerade in kleine Mädchen auch ihn ersetzen kann. Solche unlogische Handlungsweise muß diesen Herrschaften vor Augen gehalten werden, damit sie wieder lernen, schamrot zu werden. So muß man allgemein sagen, daß die „herrlichen“ Zustände in den Porzellanfabriken in unserem Bezirk nicht gerade verlockend wirken und Arbeiter anziehend imstande sind. Vielen Anlaß hätten wir zu klagen, doch nur im tagtäglichen Kleinkampf können die größten Uebelstände beseitigt werden. Von dieser Auffassung getragen, müssen unsere Funktionäre in den Betrieben ihre Tätigkeiten betrachten und dürfen sich nicht unterkriegen lassen. Wenn die Unternehmer auch mit Wahrung, Kurzarbeit oder gar Stilllegung drohen, eins wissen wir: Profit gibt es nur, wenn der Schornstein raucht. Wenn die kommenden Lohnverhandlungen gewerkschaftliche Kampfe bebingen, dann werden auch die Kollegen des Weraer Bezirks ihren Mann zu stehen wissen.

Eisenberg.

Wiederum hat es sich gezeigt, daß nicht die hohen Löhne einen Porzellanbetrieb ruinierten, sondern daß das unfachmännliche Handeln der Besitzer den Ruin herbeiführte. Zu denen, die ihre Geschäft nicht verstanden, gehört ein gewisser Herr Franz Walter aus Hof, der seit einigen Jahren Mitinhaber der Fa. G. W. Kung in Eisenberg ist. Er hat nun seine Rolle als Porzellanfabrikant ausgeübt, aber nicht ruhmreich, sondern die Firma hat sich gezwungen, ihren Betrieb am 24. Februar wegen Zahlungsunfähigkeit zu schließen. Die Meisterschaft wurde ebenfalls an diesem Tage ohne Einhaltung der Kündigungsfrist, aber auch ohne ihren tagelichen Lohn von dem anderen Mitinhaber Kraft entlassen. Dieser war dazu gezwungen, weil sein Kompanion einige Tage zuvor unter Angabe eines Grundes, der bestimmt nicht stichhaltig ist, Eisenberg stillschweigend verlassen hat, ohne jede Abmachung oder Vereinbarung mit seinem Kompanion zu treffen. Der einzige Nachschuß sind nun die Schulden.

Wenn auch der Betrieb klein ist, so war er aber doch unter der alleinigen Führung des Herrn Kraft früher noch leistungsfähig und die Arbeiter hatten auch immer zu tun und bekamen vor allen Dingen immer pünktlich ihren Lohn. Seitdem aber der bayerische Franz das Ruder in diesem Betriebe in die Hand nahm, und um all Heramiter zu zeigen, wie aus drei Porzellan gemacht wird, führte in diesem Betrieb Kurzarbeit, Aussetzen, unregelmäßige oder teilweise Lohnabläufe ein.

Die Belegschaft weint diesem Menschen keine Träne nach, wünschend aber, daß es Herrn Kraft gelingen möge, wieder einen Teilhaber von Beruf als Fachmann zu finden, damit der Betrieb wieder flott gemacht werden kann.

Porzellanexposition in Wiesbaden.

Die Werbemöglichkeiten für Porzellan werden von der Propaganda-Abteilung in jeder Beziehung ausgenutzt. Mit der Porzellanwoche im November 1927 begann die Porzellanpropaganda, nun wird sie durch weitere Veranstaltungen fortgesetzt. Vom 5. bis zum 10. Juni wird in Wiesbaden, einem der Hauptbedeorte der kultivierten Welt, eine Porzellanexposition arrangiert, die von anderen Veranstaltungen umrahmt ist. Aber nicht nur den Badegästen und Einheimischen soll die Ausstellung eine schöne Anregung bieten, sondern die Zeit ist so gewählt, daß die den Frühling in den Großen Gärten der Wiesbadener Umgegend als Ausstellungsbefucher willkommen sind. Die Porzellanhändler halten während der Ausstellungszeit eine Tagung in Wiesbaden ab.

Hoffentlich übt die Ausstellung bei dem zahlungsfähigen Publikum auch die Wirkung aus, die von ihr erhofft wird. Die dafür notwendigen Kosten werden nicht gering sein.

Zuschußkasse Deutscher Porzellanmaler.

Kassenbericht vom 4. Quartal 1927.

Einnahme	Ausgabe
Bestand vom 3. Quartal 1927	1972,30
6576,98	845,-
Beiträge und Ein- tragsgelder	1192,00
8647,70	Verwalt. d. Zahlstellen 165,85
1061,81	Verwalt. d. Zuschußkasse 75,85
	Kassenbestand 1095,60
Summa 14286,17	Summa 14286,17

Jahres-Bilanz 1927.

Einnahme	24020,58 RM
Ausgabe	11405,22
	Bestand 10695,36 RM

Vermögens-Nachweis.

Startkapitalbuch in der Konsum-Genossenschaft	8025,54 RM
Barbestand	672,82
	Summa 10698,36 RM

Mitgliederbestand: 500.

Waisenburg, den 25. Februar 1928. A. For, Kassierer.

Das Jahr 1927 für die Ziegler.

Als ein Reforjahr bezeichnet die „Biegelwelt“ Nr. 4 vom Februar 1928 das Jahr 1927 für die Zieglerindustrie. Alles was ist Reforjahr 1927 in Gänzlichem gelebt worden. Es ist also den Ziegler, als wenn die Biegelwelt nicht zu tun mit diesem Reforjahr seien.

Nach den in obiger Nummer gemachten Angaben waren von 100 Ziegeln im Monat Juli 30,0 im Vollbetrieb, eingeschränkt arbeiteten 6,9 und stillgelegt waren 4,1. Die Zahlen der drei vorhergehenden Jahre waren folgende:

Von je 100 Ziegeln waren	1924	1925	1926
im Vollbetrieb	50,8	70,8	61,5
eingeschränkt arbeiteten	25,1	18,2	24,0
waren stillgelegt	18,1	5,2	4,1

Als gegenüber diesen Zahlen ergeben die von 1927 ein besseres Bild.

Noch deutlicher wird das, wenn man die Absatzahlen, wie die „Biegelwelt“ veröffentlicht, vergleicht.

Nach dem Absatz in Tausend im Jahre 1924	710.000	1925	1.021.000
" " " 1926	1.102.000	"	1.021.000
" " " 1927	1.640.000	"	"

Um 510.000 Stück ist der Absatz je Tonne im Jahre 1927 höher als 1926. Die Produktionsfähigkeit soll aber trotzdem im Jahre 1927 nur etwas mehr als die Hälfte ausgenutzt worden sein, während die in den vorhergehenden Jahren nur zwischen 1/3 und 2/3 Prod. geschwankt habe. Nur ganz besondere Umstände, wie Zusammenstöße von Industrie- und Wohnungsbau, sollen die gute Konjunktur 1927 veranlassen haben.

Im Jahre 1928 wird ein stetiger Ton angesetzt. Zuletzt verabschiedete man sich im Artikel in der „Biegelwelt“, unterzeichnet von der Deutschen Ziegel-Verkaufsvereinigungen E. V., gegen die Ziegel-Verkaufsvereinigungen die gute Konjunktur ausgenutzt hätten. Wenn Preissteigerungen erfolgen sollten, so ist natürlich die Arbeiterchaft schuld daran, weil sie wieder höhere Löhne gefordert hatte. Die Löhne sollen nach den Angaben der Verkaufsvereinigung 45 Proz. der Selbstkosten ausmachen.

Die Moral von der Geschichte, Ziegler fordern höhere Löhne nicht.

Das ist das A und O der Arbeitgeber in der Zieglerindustrie. Die schlechte Konjunktur, sind die Arbeiter daran schuld, weil sie durch Lohnforderungen den Wiederaufbau der Wirtschaft hemmen. In gute Konjunktur, sind wiederum die Arbeiter schuld, daß diese gute Konjunktur von den Unternehmern nicht genügend ausgenutzt werden konnte, aus dem einfachen Grunde, weil die verführten Arbeiter auch einen kleinen Teil abhaben sollten von dem Segen, den sie in der Hauptstadt mit hervorbringen.

Warum wir das schreiben? Ganz einfach darum! Die Zieglerarbeitgeber werden den berechtigten Forderungen der Arbeiterchaft den größten Widerstand entgegenstellen. Die notwendigen Artikel, die so wie und da über die hohen Löhne in den Unternehmernschichten zern, sollen wahrscheinlich der Öffentlichkeit klarmachen, daß es den Ziegler (b. d. d. Arbeiterchaft) bereits zu gut geht und die Arbeitgeber, wenn sie die Forderungen geben wollen, keine Lohnsteigerungen mehr verlangen können.

Für die Ziegler gilt es deshalb, ihre gewerkschaftliche Organisation, den Veramitlichen Bund, in zu stärken, daß diese in der Lage sind, alle Widerstände der Unternehmer gegenüber den Forderungen auf Verbesserungen der Lebenshaltung der Zieglerarbeitgeber zu überwinden.

Die Kampagne beginnt in nächster Zeit. Kein unorganisiertes Ziegler dürfte mehr in der Zieglerindustrie vorhanden sein. Jeder Ziegler müßte sich zur Ehre anrechnen, mit in den Reihen der Arbeiterchaft zu stehen, die bisher hier im Kampf um Verbesserung der Lebenshaltung der Zieglerarbeitgeber hat und weiter kämpfen wird.

Vorausichtlich wird das Jahr 1928 ebenfalls kein allzu gutes für die Arbeitgeber werden. Jeder Ziegler muß deshalb durch Stärkung der gewerkschaftlichen Organisation mit für sorgen, daß das Jahr 1928 nicht nur ein Reforjahr für die Arbeitgeber, sondern auch für die Arbeiterchaft wird.

Sind Baukonferenzen der Ziegler nötig?

Unter dieser Überschrift veröffentlicht der „Veramitliche Bund“ in Nr. 7, 1928, eine Broschüre des Kollegen Hans Ludwig, Leipzig. Dazu seien mit einige Bemerkungen gestattet. Es wäre richtiger gewesen, der Kollege Ludwig hätte seine Meinung nach Zieglerbaukonferenzen an die Ortsverwaltung zu richten. Es wäre ihm von Kollegen Ziegler sicher sofort geantwortet worden, daß die Anregung nach solchen Konferenzen offen stehen eintrifft. Die Baukonferenzen hatte z. B. bereits im Frühjahr des Jahres eine Zieglerkonferenz in Gießen abgehalten. Diese Konferenz beschäftigte sich mit der Frage der Schaffung eines einheitlichen Tariftarifs für den Gauvertrieb und mäßig

In der Spiegelhütte.

Wie so viele Industrien war auch die Spiegelglasfabrikation der weitestgehenden Entwicklung unterworfen, wie überhaupt der Glasindustrie in den letzten Jahren der technische Fortschritt einen ungeahnten Aufschwung erlebt hat. Mancher, der mal in früheren Jahren eine Spiegelglasfabrikation alten Schlages besichtigen konnte, wird nicht bezweifeln, was es heißt, in unmittelbarer Nähe der mit glühender Masse gefüllten Öfen zu arbeiten — und wie zu arbeiten! An der Wandhöhe wurde das nötige Quantum der weisglühenden, flüssigen Substanz entnommen. Der Glasmacher hatte das Vergnügen, mit seiner Muskulatur unter fortwährendem Treiben und Schwingen den schweren aufzuhängen zu einer riesigen Birne, die sich dann zu der großen Glasglocke entwickelte. Unterstützt wurde er dabei von einem jungen Gefellen und dem „Marichboden“, welcher für die nötige flüssige Abkühlung der Masseläden als auch der Entschlackung sorgte. Die weitere Verarbeitung war ebenso rückständig wie schwerfällig.

In der modernen Hütte haben die Arbeitsmethoden ein völlig anderes Gesicht bekommen. Ob diese Methoden für Arbeitenden immer Verbesserungen bedeuten, sei jedoch dahingestellt. Da, wo technische Neuerungen Annehmlichkeiten mit sich bringen, wurden diese in der Regel durch das neue, überforderte Arbeitstempo wieder aufgehoben.

Der Betrieb einer Spiegelhütte gehört zum Interessanten, was eine Veranschaulichung sein kann. In der Umgebung lagern die einzelnen Substanzen feingemahlen in den Säufen. Der beizende Geruch von Salz und Soda steigt in der Nase. Daneben ein Berg weichen, gemahlener Marmerstein ruht wohlverwahrt und wird erst zuletzt in kleiner Menge der Masse zugefügt.

Das Eindringens in der Hütte ist zweifellos der Betrieb der Glühöfen. Ein Inferno, das einer Schilderung eines entnommen sein könnte! In den Öfen und Säufen erhebt sich eine glühende, unheimlich schnell und brodelnd es überfließend hinter verdeckten Vorhängen. Das blaue Auge des dem Anblick dieser Glut nicht standhalten. In Distanz geht, verdrängt die Männer am Feuerwerk. Hoch oben an der Luftschiene ruht nun die Transporteinrichtung für einen heißen Bötchen mit seinem glühend flüssigen Inhalt. Stählerne Räder holen den Bötchen hervor. Er wird hochgezogen und

in ein einzelner Lohnarbeiter. Die diesen Ziele entgegenstehenden Interessen stehen sich jedoch im Vorjahr nicht gegenüber. Die beschriebenen Lohn- und Arbeitsbedingungen (tarifliche und nichttarifliche) waren zu berücksichtigen, um sie in einem Rahmen zu spannen. Einer Angleichung der schlechten an eine besseren Arbeitsbedingungen war demzufolge unsere Aufmerksamkeit im Jahre 1927 gewidmet. Die Ziele sind wir wesentlich nahe gekommen. Allerdings unter vorläufiger Beschneidung der Forderung nach dem großen Tarifstarif. Wir haben zurzeit im Gauvertrieb mit circa 10 Tarifbezirken zu rechnen.

Diese Entwicklung bedingte unsere Vorarbeiten zur diesjährigen Vorkonferenz. Wir haben von der Abhaltung einer Baukonferenz der Ziegler Abstand genommen und dafür Bezirkskonferenzen angesetzt. Diese Bezirkskonferenzen werden bereits im Januar von uns ins Auge gefasst und finden in der Zeit vom 14. Februar bis 18. März 1928 statt. Für den Bezirk Gießen fand bereits am 25. Januar eine Konferenz der Betriebsräte aus der Zieglerindustrie statt, in der Gießen allerdings nicht vertreten war.

Die Abhaltung der einen kleinen Personenzahl umfassenden Tarifkonferenzen erscheinend und besonners praktisch, weil dadurch einmal jeder Gelegenheit die Vertretungsmöglichkeit gegeben ist und zum anderen, um die Vertretung an der Aussprache jedem Vertreter zu ermöglichen. Weidens fällt bei einer Konferenz für den ganzen Gau im wesentlichen fort. Weil wir aber gerade auch die von Kollegen Ludwig gewünschte und als notwendig bezeichnete Aufklärung fördern und eine Angleichung der Arbeitsbedingungen im Rahmen des Möglichen anstreben, deshalb die von uns angelegten Zulagen für den Ziegler in kleineren Kreisen. Damit soll nicht gesagt sein, daß unter anderen Voraussetzungen Baukonferenzen oder Reichskonferenzen nicht auch zweckdienlich sein können.

Nur dagegen müssen wir uns wehren, wenn der Kollege Ludwig die Sache so hinstellt, als ob im Gau nichts zur Aufklärung der Ziegler getan würde. Wenn der Kollege Ludwig in der Branchenleitung der Ziegler im Bereich der Hauptstadt mitarbeitet, wird er recht viel Gelegenheit finden, gemeinsam mit den übrigen Verbänden an der Gebirgs der wirtschaftlichen und kulturellen Lage seiner Berufscollegen mitzuwirken. E. S. D. S. D. S. D.

Zieglerbrief aus Mecklenburg.

Das Jahr 1928 wird voraussichtlich manchen Lohnkonflikten bingen.

So sagen die Arbeitgeber.

Anscheinend ist ihnen nicht ganz wohl bei dieser Feststellung. Gerade auch die Arbeitgeber der Zieglerindustrie läßt es ja am liebsten, wenn die Tarife im Herbst oder Winter ablaufen würden; damit sie dann der Arbeiterchaft Löhne diktieren könnten, die sie selbst für angemessen finden. Feststellt man werden, daß die Löhne der Ziegler noch außerordentlich niedrig sind, und dringend einer Verbesserung bedürftig. Die Arbeitgeber schreiben allerdings bei jeder Gelegenheit über die hohen Löhne und legen dem Bestreben der Arbeitnehmer auf Erhöhung den schärfsten Widerstand entgegen. Tak sich die Arbeiterchaft für Verbesserung ihrer Lebenslage auch mit allen Mitteln einsetzen wird, hat wohl auch die Arbeitgeberseite zu diesem Anspruch veranlaßt. Daß die Arbeit in den Zieglerbetrieben mit zu den schwersten zählt, wird jeder Kenner zugeben müssen, und daß die Bezahlung für diese schwere Arbeit völlig ungenügend ist, ebenfalls.

Wer etwas von der Arbeit der Ziegler versteht, kennt wohl auch die Worte: Ziegler ist Schinderei. Jeder einigermaßen Einsichtige ist sich aber auch wohl darüber klar, daß ungenügende Bezahlungen die denkbar schlechtesten Mittel sind, die Wirtschaft auf der Höhe zu halten. Wenn ohne ausreichende Bezahlung der Arbeiterchaft ist kein langfristiger Aufschwung möglich. Darum Zieglerkollegen, helft mit und fordert Anerkennung der Leistung der Arbeiter. Die Arbeitskraft muß so bewertet werden, daß sie dem Arbeitenden eine erträgliche Lebensmöglichkeit gewährleistet. Ferner eine Arbeitsmöglichkeit, soweit diese nicht durch die Eigenarten der Altersverhältnisse unmöglich gemacht wird. Weiter verlangen die Ziegler eine bessere Behandlung von Seiten der Unternehmer und ihren Meistern. Nur Erreichung all dieser Forderungen muß und kann jeder Arbeiter und jede Arbeiterin beitragen, indem sie sich den Gewerkschaften anschließen und an deren Aufstieg mitarbeiten. Besonders gilt diese Mahnung aber den Zieglerkollegen aus Gießen. Nach diese stehen fern und sehen talentlos zu, wie sich die Gewerkschaften um Verbesserung der Lebenshaltung der Arbeiterchaft oftmals unter schwierigsten Erfen bemühen. Sind Erfolge erlangt, so streichen die Kernstehenden diese ebenfalls ein, ohne ihrerseits einen Finger krümmen gemacht zu haben. Das ist eines aufrechten Kollegen unwürdig. Darum, ihr noch kernstehenden Zieglerkollegen, tut auch eure Pflicht, kämpft mit in den Reihen der organisierten Ziegler für Verbesserung eurer Lebenshaltung, für den Aufstieg der gesamten Arbeiterklasse. R. N. D.

Zementindustrielle Harmonie mit Werksvereinteilern.

Es mag manchmal für die Arbeitgeber nicht angenehm sein, wenn die Arbeiter, die auf gutes Zurecht der Betriebsleitung, Mitarbeiter des Werksvereinteilern geworden sind, sich einseitig selbstbestimmt verhalten. Mancher freut sich dann recht sehr, wenn er darunter eine bevorzugte Stellung im Betriebe und einen hohen Verdiensten mit nach Hause nehmen kann. Für den Betrieb selbst mag es kein bedeutender Schaden sein, wenn z. B. ein Werksvereinteiler vorstandsmitglied von der Nachwirkung der Vorstandstätigkeit so sehr „im Tee“ ist, daß er seine Arbeitskräfte als Schlafstätte benützt; aber bedeutsam ist es doch, wie man auch seinen Wochenspenden ohne Stundenlohn-erhöhung beschleunigen kann! Natürlich können es nur solche, die mit dem Betriebsleiter auf irgendeinem guten Fuß stehen, und das sind wohl in erster Linie diejenigen, die um den Vollstundenden reden zu lassen, auszuweichen und schmarotzen können. Viele Eigenheiten haben ja auch solche, die den Rang in sich verhalten, mal Ausleber zu werden. Am nachstehenden Fall handelt es sich um einen solchen Ausleber H. aus der Zementindustrie. H. ist ein tüchtiger Arbeiter, dessen Tätigkeit in der Herstellung der Stundensätze der Arbeiter und Arbeiterinnen besteht. Dabei geht H. sehr korrekt vor, wenn er richtig sich immer danach, was auf der Kontrolluhr gestanden wurde. Obwohl er Ausleber im Betriebe ist, die darauf hinweisen, daß wenn ein Arbeiter für seinen Kollegen auf der Kontrolluhr stehen würde, er entlassen wird, scheint der Ausleber H. als Werksvereinteiler von einer solchen Verfügung nicht betroffen zu sein, denn sonst hätte man ihn für das „Mourntuhfischen“ für seinen Sohn zum Teufel gejagt. Nun stellt sich bei der allwöchentlichen Errechnung der Stundenzahl heraus, daß z. B. der Ausleber H. und sein Sohn in anderthalb Tagen zusammen 72 Stunden gearbeitet haben. Wie ist das möglich? Nun folgendermaßen:

Wenn der Vater auf einige Stunden sich ausruhen will, dann steht der Sohn für den Vater auf der Kontrolluhr, und geht der Sohn innerhalb einer stündigen Arbeitsdauer auf 2 bis 4 Stunden schlafen, dann steht der Vater die Kontrolluhr so, daß eben dabei immer herauskommt, als hätten Vater und Sohn hintereinander gearbeitet. Bei einer solchen Verrechnung der Stundenzahl ergibt sich, daß der Ausleber H. durchschnittlich 90 RM und sein Sohn durchschnittlich 40 RM wöchentlich verdient. Nun kommt noch hinzu, daß der Ausleber H. etwas Landwirtschaft besitzt und auf Kosten der Zementindustrielle Arbeiter befristet hat, die seinen Acker bearbeiten müssen. Selbstverständlich gibt es auch bei einem Landwirt und Ausleber in gewissen Beträgen Schweinefleisch. Auch dazu nimmt sich der Ausleber H. Arbeiter aus dem Betrieb zur Hilfe, und die Zementindustrie bezahlt diese Arbeitsverrichtung. Der Ausleber selbst würde die Privatarbeit nicht machen, denn es könnte einen Tadel geben, der vergessen würde, für den Ausleber auf der Kontrolluhr zu stehen.

Welche Stellung nahm nun die Betriebsleitung zu vorliegenden Falle ein? Antwort: Sie entließ den Sohn des Auslebers H.; letzterer selbst muß 15 RM der Zementindustrielle abgeben, dafür, daß er Arbeiter aus dem Betriebe für sich privat beschäftigt hat. H. braucht diesen Betrag nicht auf einmal bezahlen, sondern kann ratenweise den Betrag begleichen.

Anscheinend weilt die Direktion der Zementindustrielle Vorkonferenz, nichts von dieser Angelegenheit, denn sie hätte auf Grund ihrer Behauptung, daß die Werksvereinteiler nicht bevorzugt, ein gerechtes Urteil gefällt. Sie hätte zu mindestens den Ausleber H. entlassen, schon deswegen, weil H. die „unselbständige“ Zementindustrielle beschäftigt hat. Aus einem Bericht in den „Eppelner Nachrichten“ vom 28. Januar 1928 geht hervor, daß die Lage der Zementindustrie sehr unglücklich ist, und daß aus diesem Grunde nach einem in Szene gesetzten Bericht drei Betriebe stillgelegt werden müssen. (Es wäre wünschenswert, wenn die Direktion hier ein offenes Wort reden würde, zu mindestens den Vertriebsräten von solchen Maßnahmen Kenntnis gäbe, damit diese als legitime Arbeitervertreter der Möglichkeit auf Anfragen Auskunft geben können.)

Der sich alljährlich wiederholende „Stoß“ (Stoß) aus der Zementindustrie über ihre Lage ist aber durchaus nicht vereinbar mit der Selbstbestimmung des Auslebers H.; diese Zugschauer haben keinen Anlaß, wenn die Direktoren bei Werksvereinteilern Geld geben, damit sich die Anmeldeenden „amüsierten“ können; diese Zugschauer verlieren ihre Wirkung, wenn man für Werksvereinteiler Sonntagbeschäftigung gibt, die wochentags erledigt werden kann. Man täuscht sich über die bauernden Hoffnungen der Zementindustrie, vor allen Dingen, wenn sie sagen, daß die Arbeitszeit pro Tag nicht verfrist werden kann, auf der anderen Seite aber, weil ein Werksvereinteilernigenen Standzeit, der Betrieb um 4 Uhr nachmittags stillsteht und am Sonntag wieder in Gang gebracht wird, überein nach die jenigen Arbeiter, welche dadurch die Nachtschicht einbüßen, sie bezahlt erhalten.

Wir sind nun gelangt, was werden wird. Geht es in dem gleichen Tempo so weiter: Die „Ausleber“ für Werksvereinteiler „Mahlstädtel“, dann wissen wir, daß in den nächsten Jahren in einem Bericht der „Eppelner Nachrichten“ steht: „Die zementindustrielle Vorkonferenz ist nicht lebend geworden!“ C. F. R. W.

an der Schiene hängend, von kräftigen Männerarmen durch die Halle fortbewegt. Meteorgleich gleitet das rotglühende Gefäß durch den Raum. Ein schöner und grandioser Anblick! Schön weniger für die Arbeiter als für den Zuschauer!

Nun ist der Wechsell mit der Walze erreicht. Eine große eiserne Klade, die auf Rädern ruht und die ebenfalls auf Schienen zu bewegen ist. Am Wechsell wird nun haltgemacht, Rüstige Räder lassen die an beiden Seiten an dem Wechsell beidseitigen langen, zangenartigen Hebel, und auf ein kurzes Kommando wird die flüssige Masse nach und langsam an der Walze auf dem Tisch ausgedrückt. Der glühende Rüssel fest sich rückwärts in Bewegung. Ein Mann reißt noch die herunterhängenden glühenden Reste ab. Sofort legt sich auch die Walze in Bewegung und drückt die Masse über den ganzen Tisch. Zwei Eisenkladden an beiden Tischseiten bestimmen die Maßhöhe. Die geöffnete Scheibe wird nun vom Rüssel aufgenommen. Die ganze Halle ist beiderseits von Rüstlöfen konfiziert, wo das Glas allmählich zum Erkalten gelangt. In anderen Hallen wiederum, wo schmalere Kladden erzeugt werden, wird die Glasmasse in Rollen aus dem Ofen geholt und zum Gießen herangefahren. Hierbei steht der Wechsell quer vor dem Rüstlöfen, in dem dann beunruhigt fortlaufend die fertigen Stücke einwechseln werden. Soll das Glas nicht reißen, so muß es in den Rüstlöfen gelangen, ehe es durch die Luft zu stark abgekühlt wird. Alle diese Arbeiten müssen bei erhöhter Hitze und höchster Aufmerksamkeit und Geschwindigkeit vollzogen werden.

Nachdem der Rüstlöfen durchlaufen ist, werden die Scheiben nach Größe und Farbe zusammengeleitet. Eine reiche Farbpalette ist vertreten. Auch Glasstängel, mit Drahtwickeln durchzogen, werden so angefertigt, und bieten eine besondere Widerstandskraft.

Nachdem das Glas nun vordurch verflüssigt ist, wird es mit einer Wischmaschine auf riesigen runden Schleifsteinen befestigt. Unter fortwährendem gegenseitigen Rotieren des Schleifsteines und den zwei aufliegenden Schleifrädern wird die Klade erst einmal ganz eben gemacht. Die damit verbundene Aufrauung der Oberseite wird in ähnlicher Weise beim Rotieren wieder beiläufig. Hat eine der aufliegenden Scheiben auch nur etwas über die anderen hinaus, kann es passieren, daß sämtliche aufgelegte Scheiben heruntergerissen und vernichtet werden. Etwa nach dem Polieren noch verbleibende Unebenheiten werden durch eine besondere Maschine noch ausgeglichen. Die transparenten Bezeichnungen, die einige beim Polieren und Prüfen beschriebene

Wären, deuten darauf hin, daß die Glasfabrikation von Frankreich übernommen wurde.

Auf eine ebenso originelle wie einfache Art wird das bekannte Eschlumenglas hergestellt. Die Scheiben werden mit einer Leinwand bestrichen, diese wird allmählich zum Trocknen gebracht. Der trockene Leinwand zieht sich zusammen, blättert ab und reißt dabei die Glasur mit auf. So entstehen die sogenannten Eschlumengläser.

Eine andere Vorrichtung, das Sandstrahlgebläse, dient dazu, das sogenannte Mattglas zu erzeugen. Mattigkeit und ver-schiedenartige sind die Sorten des sogenannten Tafelglases. Man der riesigen Schaufensterscheibe bis zum ovalen Toilettenspiegel ist alles vertreten.

Soweit das Glas nun zu Spiegel verarbeitet wird, erhält es in der Schleiferei von gelber Hand nach die eleganten Reflexionen. Nach dem Auftrag der Quarzsilberlösung und dem Überstreichen mit Deckfarbe ist der Spiegel endlich vollendet. Die elegante Welt, die in den blühenden Spiegelhallen großstädtischer Restaurants Gelegenheit hat, ihre Schönheiten von alten Zeiten zu bewundern, ist die unzähligen kleinen Wänden, die den Spiegel täglich befrachten, mer die Schönheit im ganzen Lande sei — sie dürften kaum daran denken, wenn sie diese Freuden zu danken haben. Was wäre die Welt, besonders die Frauenwelt, ohne Spiegel! Es ist eben nun einmal das Kennzeichen unserer heutigen oberflächlichen Lebensart, daß alle Menschen die ihnen gebotenen kleinen Dingen des Lebens hinnehmen, ohne sich über deren Ursprung viel Gedanken zu machen. Und doch hätte man die Klade, wenn man z. B. ein schönes Schaufenster durch eine riesige blaue Scheibe bewundern, daran zu denken, mit welchen Mühen sich eine Person erkauft werden muß. In der Tat! In der Spiegelhütte vereinigt sich ein grobkörniges Aufschot chemischer und technischer Erkenntnisse mit einer hingebenden Fleiß der Arbeiter an eine gefährliche Tätigkeit!

Daß die Entlohnung dieser Männer mit ihren Leistungen meißens nicht gleichen Schritt hält, darf der gerechte Betrachter ebenfalls nicht vergessen.

Das Glas ist und heute unentbehrlich geworden. Es erfüllt nicht nur in häuslicher Beziehung eine große Aufgabe, es ist auch zu einem großen Schönheitsgeschmuck geworden. Diese Tafel-lade wird und besonders dann bewacht, wenn wir an die Wähler denken, die unter ungeheuren Mühen der Mittwelt diese Schön-heit schenken. D. F. R. W.

Der Verband ist Schutz und Rückhalt.

Noch immer gibt es Arbeiter, die trotz aller Erfahrungen nicht einsehen wollen, wie notwendig die gewerkschaftliche Organisation als Schutz für den Arbeiter ist. Das sie auch Rechte haben, wollen manche nicht begreifen. Wie wertvoll es aber ist, seine Rechte in Anspruch zu nehmen, haben die Arbeiter der Blei- und Zinnindustrie in Duderow. Der Betriebsratsvorsitzende ging im Auftrage seiner Kollegen zu Diebold und forderte den tariflich zugesicherten Urlaub. Den verweigerte aber der Biegeleibhaber. Er erklärte, er hätte doch seine Arbeitsordnung und seinen Tarifvertrag. Das Verlangen den tariflichen Urlaub, also sein Recht zu fordern, komme ja einer Erpressung gleich. Auch könne er kein Geld in seinen Lohngruben graben (Das Geschäft besorgen für ihn ja die Arbeiter. Die Dieb.). Die Folge dieses Verhaltens war, daß sich der Verband um die Sache annahm. Beim Arbeitsgericht in Greifswald wurde Klage eingereicht und beim Termin am 10. 2. 28 wurde die Firma verurteilt, den Lohn für den tariflichen Urlaub in Höhe von 153,12 RM zu zahlen. Auf Beeinflussung der Firma gingen sich zwei Kollegen der Klage nicht angeschlossen. Sie gingen leer aus.

Zwei andere Kollegen, die am 24. 11. 27 entlassen worden waren und ihre Kündigung nicht berücksichtigt fanden, konnten auch mit einer Klage den ihnen zuständigen Lohn und Urlaub herausbekommen. Wären die Kollegen nicht organisiert gewesen und hätten sie nicht geklagt, wäre ihnen ihr Recht nicht geworden. Drum sollten immer mehr Ziegler einsehen, daß sie sich zum Zwecke des Ausbaues und der Durchführung ihrer Rechte noch enger im Hermsdorfer Bund zusammenzuschließen müssen; denn vereinzelt sind sie nichts, vereinigt aber viel. F. D.

Aus dem Verbandsleben.

Mainz-Wiesbaden, Kreis-Konferenz.

Am 12. Februar tagte in Mainz die Kreis-Konferenz des Fabrikarbeiter-Verbandes für die Zahlstellen Mainz, Biebrich und Rheingau. Der Kassenbericht, den der Kassier, Kollege Winkler, erstattete, zeugte von äußerster Gewissenhaftigkeit und einem gesunden finanziellen Fortschritt. Obwohl an die Hauptkasse wesentliche Beträge abgeführt wurden, war es möglich, auch den Lokalstellenbestand zu erhöhen. Längere Ausführungen machte Kollege Traber zu dem Geschäftsbericht. Danach konnten im Jahre 1927 672 Mitglieder gewonnen werden, so daß der Mitgliederstand 3934 beträgt, der sich prozentual auf die drei Zahlstellen wie folgt verteilt: Mainz 42,9 Proz., Biebrich 36,6 Proz., Rheingau 20,5 Prozent. Der Bericht über das Tätigkeitsgebiet der Zahlstelle umfaßt zwölf Industriezweige, woraus die Vielgestaltigkeit der Arbeit am Lohn- und Arbeitsbedingungen und Rechtsverletzungen zu ersehen sind. Für fast alle Industriezweige bestehen Reichstarifverträge und Bezirkslohnabkommen, doch konnten auch da, wo gute Organisationsverhältnisse bestehen, zufriedenstellende Erfolge durch Werttarife erreicht werden. In den im Bereich der Zahlstelle liegenden Betrieben sind 3650 Arbeiter im Fabrikarbeiter-Verband, während 1878 in anderen Verbänden und 2513 unorganisiert sind. Von der Mitgliedschaft der Organisation sind 93,8 Proz. Arbeiter und 6,2 Proz. Arbeiterinnen. Es muß darauf hingearbeitet werden, daß mehr wie bisher, hauptsächlich in der chemischen Großindustrie, die Arbeiterinnen für den Verband gewonnen werden. Schlußwort zu bedauern sei die Agitationsmethode anderer freier Verbände, die durch billige Beiträge für sich Reklame machen und damit eine gesunde Fortentwicklung in einigen Betrieben erschweren. Agitation und Aufklärung wurden in 137 Betriebs-, 31 Mitgliederversammlungen und 10 Vertrauensmänner-Sitzungen getätigt. Vertretungen bei den sozialen Versicherungssträgern und am Arbeitsgericht wurden in 37 Fällen vorgenommen. In allen Betrieben bestehen Betriebsvertretungen, doch ist in letzterer Zeit zu verzeichnen, daß einige Arbeitgeber die Tätigkeit der Betriebsvertretungen auf alle mögliche Weise zu erschweren suchen, so daß die Leitung der Organisation oftmals einseitigen mußte.

An der Aussprache beteiligten sich die Delegierten zahlreich. Allgemein wurden die Fortschritte für die Organisation anerkannt und die geleistete Arbeit gewürdigt. Besonders wurde von allen Rednern gewünscht, mehr Augenmerk der Jugend und den Arbeiterinnen zu widmen. Für die Agitation wurden praktische Vorschläge gemacht. Längeren Raum nahm die Einführung einer Unfallsversicherung zum Verbandsaus ein. Das für und wider wurde heftig umstritten. Auf Antrag der Delegierten wurde dem Vorstände einstimmig Entlastung erteilt.

Im Schlußwort klärten die Kollegen Traber und Winkler noch einige Zweifelsfragen auf. Auf Vorschlag wurde der gesamte Vorstand einstimmig wiedergewählt.

Ein Antrag der Opposition (lies: FFD), betreffend die kommenden Lohnbewegungen in der chemischen Industrie, wurde abgelehnt. Eine längere Aussprache entspann sich über die Beitragsleistung der in Groß-Wiesbaden entlassenen Mitglieder zum Zweck eines Gewerkschaftsbauwesens in Wiesbaden. Obwohl die jetzigen Beiträge ungenügend sind, konnte die Leistung von wöchentlichen Zwangsbeiträgen oder aus Mitteln der Lokalstelle nicht anerkannt werden. Der Antrag wurde einstimmig abgelehnt.

Zu einem kurzen, inhaltreichen Referat über das Thema: „Der Kampf um die menschliche Arbeitskraft in der modernen Produktion“ holte Kollege Traber aus. Durch die heutige Wissenschaft ist es möglich geworden, organische Stoffe in unorganischer und umgekehrt zu verwandeln. Dieser Fortschritt habe die große Revolution in der Wirtschaft herbeigeführt, die die Gewerkschaften vor immer mehr neue Aufgaben stelle. Ihr Kampfgebiet habe sich stark erweitert. Wenn man bedenke, daß bei der heutigen Technik bestimmte Betriebsabteilungen von menschlichen Arbeitskräften ganz entfallen, während andere Betriebe durch die Technik immer dichter besetzt werden, so sei das eine Verschiebung gewerkschaftlicher Arbeit. Wir haben keine Maschinenwärmer bei dieser Umstellung, aber wir haben für die Bedienung der Maschinen der einen Arbeitskraft einzutreten. Es muß Aufgabe jedes organisierten Arbeiters sein, mehr Bildungsbewußtsein zu zeigen, um die heute bestehende Umwälzung in ihrer ganzen Tragweite zu erfassen. Der die Vergangenheit nicht kennt, wird die Gegenwart und Zukunft nicht begreifen. Mehr denn je gilt heute das Wort: „Schlaucht die Sinne, ist Macht, Bildung macht frei!“

Lebhafter Beifall bewies, daß dieses Referat sehr erfolgreich war und Verständnis angesprochen hatte. Wie dem auch sei, daß die geleistete Arbeit im Dienste der Organisation Frucht tragen möge, möge der Vorsitzende die Bewunderung.

Verbandsrat, Kreis, Generalversammlung.

Am 9. Januar 1928 fand im Gothaer „Zum Adler“ in Gera die Generalversammlung der Bezirkszahlstelle statt, die von 21 Delegierten besucht war. Die drei hauptamtlichen Beauftragten erstatteten Bericht, jeweils derselbe nicht gedruckt worden. In allen Betriebszweigen, die dem Fabrikarbeiterverband angeschlossen sind, wurden Lohnbewegungen geführt. Die Reichstarifverträge konnten in einzelnen Fällen von 10 bis 20 Prozent erhöht werden. Die Lohnbewegungen waren in der Regel durch die Arbeitgeber einseitig durchgesetzt worden. In den Betrieben, die die Lohnbewegungen nicht durchsetzen konnten, wurde die Lohnbewegung durch die Arbeiter einseitig durchgesetzt. In der Folgezeit werden die Lohnbewegungen durch die Arbeiter einseitig durchgesetzt werden. In der Folgezeit werden die Lohnbewegungen durch die Arbeiter einseitig durchgesetzt werden.

Jahre sein möglichstes getan, für die Mitglieder materielle Erfolge herauszuholen. Mit Ausnahme eines Betriebes in der chemischen Industrie konnte der Nachtstundenarbeit überall gelöst werden. Zum Organisationsverhältnis sei gesagt, daß einzelne Berufe und Betriebe fast restlos dem Verbands die Treue hielten. In den Stein- und Erdenbetrieben gibt es noch eine Anzahl unorganisierten, ebenso in einigen chemischen Betrieben. Es gilt, diese im Laufe dieses Jahres zu organisieren. Auch in der Porzellanindustrie sind noch Unbelehrbare vorhanden, die ebenfalls dem Verband zugeführt werden müssen. Daran muß jedes einzelne Mitglied mitarbeiten; denn im Interesse aller liegt es, daß eine geschlossene Arbeiterfront vorhanden ist. Das neue Jahr wird in allen Berufsgruppen, schon in den nächsten Wochen und Monaten, Lohnbewegungen und Tarifabschlüsse bringen, es ist genügend Gelegenheit zur Agitation gegeben.

Die Kassenverhältnisse standen bisweilen im Zeichen größerer Erwerbslosigkeit, 396 Arbeitslose erhielten für 6270 Unterstufungstage 10 656,90 RM und 922 Kranke bekamen für 9746 Unterstufungstage 14 180,20 RM. Ganz besonders groß war die Anzahl der Kranken. Man kann diesen Umstand auf die ungeliebten Arbeitsverhältnisse in der Porzellan- und chemischen Industrie zurückführen. Die Beitragsleistung bedarf einer Verbesserung, und kein Mitglied sollte bei seinem Gewerkschaftsbeitrag einige Pfennige sparen. Je höher der Beitrag, desto höher die Unterstützung. An Streikgelbern wurden 16 000 RM ausgezahlt.

In einer großen Anzahl Betriebsversammlungen und Funktionärversammlungen wurden die betrieblichen Dinge und Vorgänge besprochen, und die Verwaltung der Zahlstelle stand der Kollegenschaft zur Seite.

Die Neuwahl der Verwaltung vollzog sich glatt und einstimmig. Ein Zeichen guten Vertrauens zur Verwaltung. Die Aussprache über die Berichte war harmonisch und vom Geiste des gewerkschaftlichen Zielstrebens getragen. Mögen alle Mitglieder von demselben Geiste befeelt sein, wie diese Generalversammlung.

Seit Neujahr sind die bisher selbständigen Zahlstellen Greis, Triebes und Böhlitz der Bezirkszahlstelle angegliedert worden. In der Greizer Papierindustrie liegt reichliche Arbeit für die Zahlstelle vor, und es wird das Bestreben der Gesamtverwaltung und aller Mitglieder sein, die Unorganisierten dem Verband zuzuführen. Der Mitgliederbestand ist zurzeit 2804, der bei einer regen Agitation erhöht werden kann.

Die Zahlstelle unterhält ein Hauptbüro in Gera und je ein Zweigbüro in Hermsdorf und Greis. Nachdem noch geschäftliche Dinge ihre Erledigung fanden, konnte die Generalversammlung mit der Lösung geschlossen werden, daß überall die Einmütigkeit herrschen möge, die diese Tagung auszeichnete. W. W.

Wählt Betriebsvertretungen!

Aus den Berichten der Gewerbeaufsichtsbeamten geht hervor, daß in kleinen und mittleren Betrieben sehr oft die Betriebsvertretungen fehlen. Man fragt sich, wie können die Arbeiter auf dieses Recht, welches ihnen das Gesetz gibt, verzichten?

Der Arbeiter ist doch in solchen Betrieben, in denen kein BW besteht, sehr benachteiligt.

Also bei den kommenden Wahlen muß versucht werden, überall eine Betriebsvertretung zustande zu bringen. Dort, wo bis jetzt kein Betriebsrat bestand, hat der Arbeitgeber den Wahlvorstand zu bestellen. Sollte der Arbeitgeber keinen Wahlvorstand bestellen, dann können sich die Arbeiter des Betriebes einen Wahlvorstand wählen, müssen aber den Arbeitgeber davon in Kenntnis setzen, da die Bestellung des Wahlvorstandes nur durch den alten Betriebsrat oder den Arbeitgeber erfolgen kann.

In letzterem Falle können die Arbeiter des Betriebes das Arbeitsgericht anrufen, damit der Arbeitgeber verpflichtet wird, einen Wahlvorstand zu bestellen. Doch über Wahlrecht und Wahlverfahren brauche ich wohl weiter nichts zu schreiben, da gibt ja der Verband der Fabrikarbeiter genug Material heraus. Der Wahlvorstand allein nützt uns natürlich nichts; es müssen auch Vorschlagslisten eingereicht werden. Was haben wir bei der Aufstellung der Vorschlagslisten zu beachten? Zuerst den Beschluß des Gewerkschaftskongresses zu Leipzig 1922 über Neuwahl der Betriebsräte. Also Tüchtigkeit der Kandidaten ist Voraussetzung; denn ein Betriebsrat, der nur auf dem Papier steht, nützt den Kollegen nichts. Dabei soll man nicht immer an den zukünftigen Vorständen denken, sondern Kandidaten mitaufstellen, welche als Schriftführer fungieren können. Es ist dieses eine der wichtigsten Arbeiten des BW mit. Gibt es doch heute viele Betriebsräte, die schon jahrelang kein Protokoll geschrieben haben, ja sogar welche, die noch nicht einmal ein Protokollbuch besitzen. Obwohl nach § 35 BWG die Geschäftsführungskosten der Betriebsvertretung der Arbeitgeber zu tragen hat. Da kann natürlich der BW den Arbeitern wenig nützen. Nur ein Beispiel: Ein Kollege wird entlassen, er erhebt gegen die Kündigung beim Entlassungsbüro beim Arbeiterrat Einspruch. Dieser muß innerhalb fünf Tagen erhoben werden. Diese Frist von 5 Tagen muß unbedingt eingehalten werden. Bei Nichterhaltung dieser Frist ist eine Verfolgung des Einspruches bei den Arbeitsgerichten nicht möglich. Wird oft versäumt. D. R.) Der Arbeiterrat hat die Gründe des Einspruches zu prüfen, und wenn er sie für berechtigt hält, zu versuchen, mit dem Arbeitgeber eine Verständigung herbeizuführen. Bei der Prüfung des Einspruches des gekündigten Kollegen ist es von großer Wichtigkeit, ob ein gültiger Beschluß vorliegt. (§§ 32 und 33 BWG.) Also über jede Verhandlung des Betriebsrates ist eine Niederschrift aufzunehmen. Wird nicht nach diesen Bestimmungen verfahren, so besteht die Gefahr, daß der gekündigte Kollege mit seinem Einspruch wegen Verletzung der Formvorschriften vom Arbeitsgericht abgewiesen wird. Die Erfahrung lehrt, daß es öfter als bei den Arbeiterräten vorkommt, daß die Niederschrift über die Verhandlung des Betriebsrates nicht nach den Bestimmungen aufzunehmen ist, soll man gleich bei der Aufhebung der Kandidaten dies berücksichtigen. Man muß wünschen, daß bei den Wahlen März/April 1928 kein Betrieb mehr ohne Betriebsrat ist.

Kollegen und Kollegen, nutzt euer Recht!

Albert Müller.

Wissenswertes in aller Kürze.

Beitragsergebnisse im Januar 1928. Der erste Monat des neuen Jahres brachte insgesamt 35 255 Beitragsanträge. Das Monatsergebnis ist also durchaus zufriedenstellend, besonders wenn berücksichtigt wird, daß im gleichen Monat im Jahre 1927 nur 25 126 und 1927 nur 21 661, 17 091 und 21 124 Anträge zur Pflanz- und Lebensversicherung bei der Volkshilfe gestellt wurden. Ein kleiner Aufstich ist also zu verzeichnen. Die Zentrums-Reichstags-Fraktion beschloß, für den Neuanfang eines Kampferzweiges zu stimmen. Das bedingt, daß 1927 9,1 Millionen Reichsmark als erste Rate dafür bereitgestellt werden und daß der Etat für kommende Jahre mit 50 bis 60 Millionen für Kriegsschuldenerentlastung vorbelastet wird. 500 Magazinen befinden sich der Erde 500 Güter mit je 10 000 Hektar Grundbesitz. Für den Platz dagegen 70 000 Hektar. Jetzt Gehaltszahl 60 000 Hektar und die Hohenrollern 150 000 Hektar.

In der Woche vom 4. bis 10. März ist der 10. Wochenbeitrag fällig.

63 000 Metallarbeiter in Berlin sollen ausgesperrt werden weil einige 100 Werkzeugmacher streiken.

Aus Mitteln des Reichswehretats gingen beim Rhoebus-Standal 20 Millionen Reichsmark und bei den unfaubere Bedeckungen der Reichswehr 11 Millionen Reichsmark Reich verloren.

In Deutschland befinden sich 2 200 000 Menschen in Staatversorgung, darunter eine Anzahl Generale mit über 120 Reichsmark Pension und hohem Privateinkommen.

Nach der Vorlage des Nachtrages zum Reichshaushaltplan für 1927 ist der Gesamtertrag mit 8 452 Millionen Reichsmark eingeleitet. Davon sind 5 493 Millionen Reichsmark Massebelastung und 2 959 Millionen Reichsmark Besitzbelastung. Gegen nur 79 Millionen Reichsmark geblieben. Aus diesen Zahlen kann man sehr gut erkennen, welche Schichten die Reichseinnahmen aufbringen.

Nach Amerika dürfen ab 1. Juli 1928 nur noch 153 685 Personen einwandern. Das Kontingent für Deutschland wurde etwas erhöht.

Literarisches.

„Soziale Bauwirtschaft“, Doppelnummer 34, Preis 1,20 RM, für 10 Nummern 10 RM. Monatlich zwei Hefte. Bezugsgebühr vierteljährlich 3 RM, für Gewerkschaften 1,50 RM. In dem soeben erschienenen, sehr reichhaltig ausgestatteten Doppelheft 34 der „Sozialen Bauwirtschaft“ setzen sich mehrere bekannte Wohnungs- und Baufachleute mit der Denkschrift des Reichsarbeitsministeriums über die Wohnungsnot und ihre Bekämpfung auseinander. Es wird nicht nur die augenblickliche Lage der Wohnungsbaues geschildert, sondern es werden auch die Wege zu einer Abänderung des zurzeit gerade trostlosen Zustandes gewiesen. Die Partei- und Gewerkschaftsfunktionäre, die Mitglieder der parlamentarischen oder öffentlichen Körperschaften und die Vorstände der Bauvereine, Arbeiter- und Mieterverbände werden in dieser Nummer, die mit ihren zahlreichen Abbildungen von Bauarbeiten auch ein orationales Zeichen der Kraft und des Willens der Bauhilfsbewegung darstellt, zahlreiche wertvolle Anregungen finden.

M. Mayer: Aus der Welt des Sozialismus. Band 253 der Weltgeist-Bücher. Ein guter Kenner der deutschen Arbeiterbewegung hat in diesem Bändchen einige ebenso gemeinverständliche wie wissenschaftlich durchdringende Arbeiten vereinigt. Auf Grund seiner umfassenden, vielfach schwer zugänglichen Quellen schöpfend zehnjährige Mayer, Portugal von Marx, Engels, Lassalle, Wilhelm Liebknecht und wahrhaft dabei ebenso seine eindringliche Psychologie wie seinen historischen Weitblick.

Formidant Lassalle: Offenes Antwortschreiben. Band 253 der Weltgeist-Bücher. Das offene Antwortschreiben ist in der Tat ein wahrhaft historisches Dokument von außerordentlicher Bedeutung. Lassalle schwangvolle und gedankenreiche Beredsamkeit stellt mit diesem „Antwortschreiben“ die deutsche Arbeiterbewegung praktische und kollektive Ziele auf, deren Bedeutung auch seine Gegner anerkennen müssen. Die ausführliche Einleitung Dr. F. Hertnacks würdigt die Wichtigkeit, die Lassalles Schrift für die moderne Gewerkschaftsbewegung heute gewonnen hat. Lassalles Schrift für 260 Nummern zählt heute her als die Weltgeist-Bücher. Hier treffen wir die besten Namen der modernen und der klassischen deutschen Literatur neben jenen der Weltliteratur. Die Solidität und Schönheit der Ausstattung verdient bei dem außerordentlich billigen Preis besonders die Anerkennung. Diese gediegene, durch treffliche Auswahl anspruchsvoller Bücher ist um so mehr zu begrüßen, als sie auch dem Lesebüchlein die mit schmalen Geldmitteln behafteten entgegenkommt. Der Preis der vorliegenden Bändchen in Einzelheften beträgt 0,65 RM. Die Weltgeist-Bücher sind zu beziehen durch die Verlagsbuchhandlung des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes, O. m. b. H., Berlin S. 14, Inselstr. 8. Ausführliche Verzeichnisse stehen Interessenten in jeder Zahl kostenlos zur Verfügung.

Seidel, Richard: Die Gewerkschaftsbewegung in Deutschland. Mit einem Abschnitt von Bernhard Brings über die Gewerkschaftsbewegung der Angestellten. Amsterdam 1927. Verlag der Internationalen Gewerkschaftsbundes, Auslieferung in Deutschland: Verlagsgesellschaft des ADGB, Berlin S. 14, Inselstr. 8. Preis 1,50 RM. Dieses soeben als Band 78 der „Sozialen Bauwirtschaft“ erschienenen Buches vom IGB herausgegebene Schriftchen enthält die Frucht der deutschen Gewerkschaften; sie schildert die ersten Erfolge und ihr Ende durch das Sozialistengesetz und gibt dann eine ausführliche Darstellung der Arbeitsentwicklung vom ersten Kongress des Jahres 1892 bis zum Ausbruch des Krieges. Die Tätigkeit der deutschen Gewerkschaften während des Krieges und speziell auch die äußerst bedeutungsvolle und lehrreiche Entwicklung der Nachkriegszeit sowie die allzu große Schwere der durchgeführten Anpassung an die neuen Verhältnisse werden eingehend behandelt. Der Werdegang der deutschen Gewerkschaften ist nicht nur wissenschaftlich, sondern auch von der geschichtlichen und kulturellen Entwicklung der Jahre vornehmlich und auch ohne unnütze Ziererei dargestellt. Die Entwicklung vom anachronischen Wortdualismus der praktischen Gewerkschaftstätigkeit bis zu den zentralen, deutschen Gewerkschaften durchgesetzt, so daß man vielfach in anderen Ländern eine „deutsche Methode“ im Gegensatz zu sozialistischen Methoden sprach. Zunächst Gegenüber von zentralen Organisationen, höheren Beiräten, Unterstützungsvereinigungen, Tarifverträgen usw., wurden später gerade deutschen Gewerkschaften deren „Bestandteile“ und „Erdbeben“ der Schrift von Seidel und Göring bildet eine wertvolle Ergänzung der in der Internationalen Gewerkschaftsbibliothek bereits erschienenen Abhandlungen über die Gewerkschaftsbewegung in Belgien, England und Schweden.

Werner Peisze, Berlin: Elektrische Oefen. Oefen in Heizkörpern. Fern aus Wolfram. Braunschweig, 1928. Sammlung Vieweg. Tageproben aus den Gebieten der Naturwissenschaften und der Technik. Heft 72. 72 Seiten, zeh. 5 RM. — In diesem neuen Bande der Sammlung Vieweg zeigt der Verfasser Möglichkeiten, Oefen mit Wolframheizkörpern für die höchst künstlich erreichbaren Temperaturen zu bauen, wie sie für metallurgische und keramische Zwecke gebraucht werden. Der Inhalt des Buches ist das Ergebnis umfangreicher und eingehender Untersuchungen und Arbeiten des Verfassers im Rahmen der Studiengesellschaft für elektrische Beleuchtung, O. m. b. H., Ostern. Die hier entwickelten Oefen sollen für wissenschaftliche Untersuchungen und auch für Fabrikationsbetrieb geeignet sein. In die Einzelheiten gehend und auch in knappster Form beschreibt der Verfasser die Herstellung und den Aufbau solcher Oefen, um den daran interessierten Kreisen den Selbstbau zu ermöglichen. 48 Abbildungen und Schaltungsschemata und 12 Tabellen ergänzen die Ausführungen. Ein besonderer Abschnitt, ebenfalls mit Kurven und Tabellen, ist der Berechnung und der Energiebedarf der Oefen gewidmet. Im ersten Abschnitt behandelt der Verfasser freitragende, aus Wolframpulver gesinterte Rohröfen mit Schutzgaszufuhr und solche mit Vakuum für Temperaturen bis 3000 Grad. Im zweiten Abschnitt Oefen mit Wolframheizkörpern, die durch keramische Stoffe geschützt werden. Die erreichbaren Temperaturen sind je nach Wahl des Schutzmaterials, 1800 bis 2000 Grad. Die Maße der angeführten Versuchsoefen sind bis zu 600 mm Länge und 50 mm Innendurchmesser bzw. bei den Metallöfen 100x100x200 mm Heizzone. Aus den angegebenen Maßen ist nicht genau ersichtlich, ob diese Oefen auch für die industrielle Ausnutzung besonders in der Keramik, in größerem Maßstabe möglich ist. Im Anhang bringt der Verfasser noch einige elektrische Oefen besonderer Art, wie Hochfrequenz-, Kathodenstrahl- und Wolframlichtbogenöfen, außerdem auch noch oxydierende Oefen mit Sauerstoff für Temperaturen über 2800 Grad und Oberflächenverbrennungsöfen für Temperaturen bis 2250 Grad. Ein verhältnismäßig umfangreiches Namen- und Sachregister machen neben dem Inhaltsverzeichnis den kleinen, sorgfältig durchgearbeiteten Band recht übersichtlich.

Arbeitsmacht.

Perfekte Porzellanreher, die auf Hochspannungsdartilel bereits gearbeitet haben, zum sofortigen Eintritt gesucht. Porzellanfabrik Teltow, O. m. b. H., Teltow bei Berlin. (20)

4 komplette Werkstellen auf Hohlglas- und Hohlglasartilel sowie mehrere Gehilfen und Röhlmacher gesucht. Wohnort geht zur Verfügung. Glas- und Metallwerke E. v. Jansen, A.-G., Dersbach, Rhön. (20)

Tüchtiger selbständiger Einbohrer für Dauerarbeit, wird gesucht. George Markus, Bleikristallschleiferei, Birkenwerder bei Berlin. (20)

Lebiger Anhänger für Fedelpresse zum sofortigen Eintritt gesucht. Angebote sind an Alfons Reimann, Wiesau Kreis Sagan, zu richten. (20)

Für sofort wird gesucht ein tüchtiger, älterer Glasbläser schiffe für Tischläufe, der in der Lage ist, selbständig zu arbeiten. Gehalt und Logis vorhanden. Meldungen erbeten an Frau Clara Siedler, Glatzendorfer bei Müders, Kreis Glatz. (20)

Suche zum sofortigen Eintritt ledige Feinblechschleiferinnen für leichte Kammerarbeit. Wochenlohn bei zufriedenstellenden Leistungen circa 40-45 RM. Richard Ehrlich, Glasbläser, Goherswerda, O. V. (20)

Nach Ehrenthal wird ein tüchtiger, bereitwilliger Mitarbeiter mit Sohn, der schon mitarbeiten kann, sofort gesucht. Anschreiben an Arbeitsnachweis Josef Armer, Ehrenthal Post Lam, Niederböhmen. Porto ist beizulegen. (20)

5-6 Maschinemacher auf Grangläse gesucht. Ledige werden bevorzugt, da keine Wohnung vorhanden. Entlohnung nach der Fertigkeit. Durch Arbeitsnachweis Josef Machold, A. r. i. g. e. e., Thüringen, Kirschgartenstr. 1. (20)

Verlag: Albin Carl, Charlotteburg, Grabstr. 2-3. Verantwortlich für den Inhalt: Edwin Reminger, Charlotteburg, Grabstr. 2-3. Fund: G. Jandigewski, Berlin S. O. 26, Elisabethufer 29.